

# Posener Zeitung.

Achtziger Jahrgang.

Annoncen:  
Annahme-Bureaus  
In Bremen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissland,  
in Breslau b. Emil Rabath.

Mr. 54.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bremen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Die Reform des Eisenbahntarifwesens.

Z Berlin, 21. Januar. Inmitten der Wahlbewegung ist ein Fortschritt allzuwenig beachtet worden, der sich auf dem Gebiete des Eisenbahntarifwesens angebahnt hat. Wir meinen den Bundesrathbeschluß vom 14. Dezember in Betreff des Eisenbahntarifwesens. Nachdem die vom Reichseisenbahnamt 1875 berufene Tarifkommission zu keinem bestimmten Ergebnis geführt hat, nahmen die Privatbahnen aus eigenem Antriebe die Reform des Tarifwesens in die Hand und gelangten im Laufe des Sommers in Konferenzen in München und Dresden unter Mitwirkung der mittelstaatlichen Staatsbahnen zu einer vollständigen Einigung über ein gemeinschaftliches Tariffschema. Das Reichseisenbahnamt hat freilich zu diesen Vereinbarungen nicht im Mindesten die Hand gehabt; auch das preußische Handelsministerium verhielt sich mit den ihm untergebenen Staatsbahnhverwaltungen offiziell ablehnend zu den Konferenzen, suchte aber doch Angehörige des Anfangs derselben in den öffentlichen Meinung unter der Hand Verhandlungen mit den Vorständen der Konferenz anzuknüpfen. Diese Verhandlungen haben, nachdem die Konferenz sich schon im Voraus bereit erklärt hatte, auf den Wunsch des preußischen Handelsministeriums, statt 4 nur 3 Spezialtarife zu bilden, einzugehen, schließlich zu vollständiger Einigung mit dem preußischen Handelsministerium über ein Tariffschema geführt. Demgemäß hat auch der Bundesrat am 14. Dezember beschlossen, daß vom Standpunkt des Reiches gegen die Einführung dieses Schemas „nichts zu erinnern sei.“ Das Reich ein Tariffschema zu dekretieren, hat der Bundesrat nicht. Unzweifelhaft werden nun nach weiterer Vereinbarung über die Detaillierung sämtliche deutsche Bahnen das Schema einführen. Zweifelhaft kann nur sein, ob die vom Reichskanzler reffirenden Reichseisenbahnen im Elsaß geneigt sein werden, das vereinbarte Tarifsystem an Stelle ihres bisherigen sog. natürlichen Systems zu setzen. Bissher wurde bei allen Bundesrathbeschlußen dieses System als ein unantastbares Ideal der Zukunft hingestellt. Soll dieses System im Elsaß weiterhin beibehalten werden, so erwachsen allerdings den mit dem Elsaß konkurrierenden Nachbarbahnen Schwierigkeiten für die Einführung des neuen Systems. In dem neuen Bundesrathbeschluß wird der Reichskanzler ersucht, zu berichten, in welchem Umfang das System bis zum 1. Oktober in Anwendung gebracht ist. — Im Grunde genommen lehrt der Bundesrat in der Tariffrage jetzt zu dem Standpunkt zurück, welchen er bis zum Amtsantritt des Herrn Maybach im Herbst 1874 eingenommen hat. Ein ähnliches System hatten damals die Bahnverwaltungen schon in Braunschweig vereinbart. Der Bundesrat hatte zur Detailausführung derselben bereits Sachverständige nach Berlin berufen. Das damalige und das jetzt empfohlene System wird als ein demokratisches bezeichnet, insofern es die in dem historischen sog. Klassifikationsystem und dem sog. natürlichen Elsaßischen System enthaltenen Vorzüge zu vereinigen strebt. Es wird für Stückgut nur eine Tariffasse gebildet mit doppelter Tarifierung bei Gültigkeitsförderung. Für Wagenladungen kommen zwei generelle Klassen zur Anwendung, je nachdem es sich um Wagenladungen von 100 oder 200 Str. handelt. (Die im Elsaß vor kommende Unterscheidung zwischen offenen und besetzten Wagen kommt nicht zur Anwendung.) Neben den beiden generellen kommen drei Spezialtariffklassen (im Elsaß bisher nur eine Klasse) mit ermäßigten Sägen zur Anwendung. Sperrige Güter werden besonders tarifiert. Die Landesregierungen können neben den Spezialtarifen noch Ausnahmetarife zulassen. Die Landesregierungen haben für die einzelnen Tariffklassen Maximalsätze zu bestimmen, innerhalb deren die einzelnen Bahnen sich frei bewegen können. Beispielsweise hat man dem Bernuhmen nach für die preußischen Staatsbahnen folgende Normalsätze in Aussicht genommen:

bei Stückgut . . . . .	12,00	
bei Klasse A . . . . .	6,67	
bei Klasse B . . . . .	6,00	
bei Spezialtarif I . . . . .	4,53	
bei Spezialtarif II . . . . .	3,47	
bei Spezialtarif III . . . . .	2,67 Pfennig für je 1000 Kilogramm und jeden Kilometer, nebst einer Expeditionsgebühr von 200 Pf. für 1000 Kilogramm bei Stückgut und Klasse A. und von 120 Pf. für 1000 Kilogramm bei den übrigen Klassen. — Über die Maximalsätze und die Einreichung der einzelnen Güter in die Spezialtariffklassen finden in diesen Wochen noch überall Berathungen mit Sachverständigen statt. Lebhafte Berathungen haben im Sommer 1874 ergeben, daß man bei nur drei Spezialtariffklassen manche Güter zu hoch zu tarifiren gezwungen ist. Indes erscheint eine Vermehrung der Spezialtarife vorläufig ausgeschlossen und ist die Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse dadurch auf Erlangung von Ausnahmetarifen hingewiesen. Soweit die Schablone zu eng ist, wird das praktische Leben sich schon die entsprechende Berücksichtigung erzwingen. Vorläufig ist die Befestigung der nur historisch, nicht auch wirtschaftlich gerechtfertigten Verschiedenheiten bei der Tarifierung sowie die Bildung jener generellen Klassen für viele Bahnen ein großer Fortschritt. Die Gefahr lag von vornherein nahe, daß man bei der Unzufriedenheit des Publikums mit der Tarifverwirrung in Herstellung der Tarifeinheit noch weiter über das Ziel hinausföhrt die Hauptbedeutung der Maßregel aber ist darin zu finden, daß sie wie fast alle Fortschritte in der einheitlichen Gestaltung des Eisenbahntarifwesens nicht von oben herab dekretirt, sondern aus der freien Vereinbarung der Verwaltungen hervorgegangen ist. Das erscheint von besonderer Bedeutung in einer Zeit, wo der Glauben mehr als je verbreitet ist, daß nur eine starke Zentralgewalt im	12,00

Eisenbahntarifwesen Fortschritte zu Wege bringen könne. Vor Allem aber kann jetzt nicht mehr die Behauptung aufgestellt werden, daß auf anderem Wege als mittelst Ankaufs der Eisenbahnen für das Reich eine Besserung der im Eisenbahntarifwesen vorhandenen Mißstände zu erhoffen sei. Vermag die freie Vereinbarung schon soweit voraus zu führen, so ist von vernünftigen Reichseisenbahngesetzen Alles zu hoffen was verständigerweise von den Eisenbahnen verlangt werden kann. Das fällt um so mehr in das Gewicht, als das Ergebnis der Reichstagswahlen jede Aussicht auf eine Mehrheit für das Reichseisenbahnpaket im Reichstage zerstört hat. Beispielsweise sind in Württemberg diesmal nur erklärte Gegner dieses Projektes gewählt worden. Man glaubt auch zu wissen, daß Fürst Bismarck das Projekt nunmehr völlig aufgegeben hat. Er thät gut daran zugleich Herrn Maybach aufzugeben, über dessen Kopf hinweg die stizirte Reform sich vollzogen hat.

Nach untrüglichen Anzeichen werden die Wahlprüfungen im neuen Reichstage viel Zeit erfordern und zu sehr interessanten Verhandlungen führen. Schon jetzt liegen viele Proteste gegen Wahlen vor, welche zum Theil kaum glaubliche U m t r i e b e aufführen. Nicht nur die Parteien werfen sich gegenseitig ungesetzliche Machinationen vor, sondern es werden auch amtliche Beeinflussungen angeführt, welche zu Gunsten der Konservativen stattgefunden haben sollen. Die Einmischung der leitenden Behörden und ihrer untergeordneten Organe in die Wahlagitation wird aus vielen Theilen des Reiches gemeldet. In Preußen sind es wieder die Landräthe, welche direkt die konservativen Kandidaten den Ortsvorständen brieflich zur Wahl empfohlen haben, während die Ortsvorstände durch ihre Gendarmen die Stimmzettel verteilen ließen. Zahlreiche Beeinflussungen werden berichtet, unter Andern drohte man, wie die „Königsl. H.-Zeitung“ angibt, den Sitz der Zentralbehörde bei der neuen Justizorganisation in einen anderen Wahlkreis zu verlegen. Man drohte ferner den Wählern, daß ihre Stimmzettel vor der Abgabe behördlichen Personen gezeigt werden würden. Eisenbahnerarbeiter wurden direkt aufgefordert, für den konservativen Kandidaten zu stimmen, und man meldet aus Ostpreußen sogar die Verhaftung eines Schiedsmannes und Mitgliedes des Kirchenrates so wie des Kreistages, weil er für die Wahl des liberalen Kandidaten agitierte. Der Fall ist bei der Staatsanwaltschaft abhängig gemacht worden. Die orthodoxe Geistlichkeit beteiligte sich nicht minder an der Wahlagitation, und aus den Wahlzonen wird der Fall verzeichnet, daß liberalen Wählern gesagt wurde, sie würden sieben Tage unbegraben liegen bleiben, wenn sie dem Liberalen ihre Stimme gäben. Die unerhörtesten Dinge scheinen in Westfalen zur Hintertreibung der Wiederwahl des Generals v. Eggers vorgefallen zu sein. Auch hier soll die orthodoxe Geistlichkeit selbst von der Kanzel herab ihren Einfluß geltend zu machen versucht haben. Sollte sich dies bewahrheiten, so würde der sogenannte Kanzelparagraph zu beweisen haben, daß er nicht nur für Ausschreitungen katholischer Geistlicher gemacht ist. General v. Eggers ist ein hochgeachteter Mann von unantastbarer Loyalität und gesinnungsreuer liberaler Richtung. Er hat sich als Vorsitzender des König-Wilhelms-Vereins große Verdienste erworben und verfügt sich ebenfalls der besonderen Gunst des Kaisers wie des Kronprinzen. Daß er in der Reichstagswahl unterlegen konnte, weil seine Gegner nichts Anderes gegen ihn vorzubringen wußten, als daß seine Mutter jüdischer Herkunft war und er selbst als Direktor der Kriegs-Akademie den Professor Dr. Lazarus als Dozenten der Philosophie berief und anderweit bemüht war, die letzten Reste konfessioneller Vorurtheile zu beseitigen und gegen servile und bornierte Gesinnungen anzukämpfen, das ist ein trauriges Zeichen der Zeit. Auch diese Wahl wird im Reichstag zu Debatten führen.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Deutschlands fordert an der Spitze ihres Organs die Parteigenossen auf, „für Geldmittel zu den engeren und Nachwahlen zu sorgen.“ Der „Vorwärts“ gibt sich der Hoffnung hin, daß bei der „Bestürzung“ im gegnerischen Lager es „den äußersten Anstrengungen“ nicht schwer fallen könne, auch bei den Stichwahlen sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Um den armen Arbeiter zur Hergabe seines letzten Pfennigs anzuregen, wird ihm vorgeredet, daß die Sache, für welche „seine ganze Thatkraft und Opfermuthigkeit gefordert werde, groß und hehr, ja die Sache der Menschheit sei.“ Bei den Stichwahlen in Berlin hat der Wahlvorstand der sozialdemokratischen Partei beschlossen, im ersten Wahlkreise gegen Dr. Hirsch und im zweiten für Klotz zu stimmen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Sozialdemokraten stets denjenigen Kandidaten ihre Stimme geben müßten, welche ihrer Partei am nächsten stünden, hat man in Betreff des Dr. Hirsch Abstand genommen, der als entschiedener Gegner der Sozialdemokratie den Führern derselben verhaft ist. Inzwischen haben die Sozialdemokraten, wie bekannt, in Elberfeld eine empfindliche Niederlage erlitten, wo der bisherige Abg. Hasselmann mit 14,245 Stimmen dem Kandidaten der nationalliberalen Partei, Prell mit 14,485 Stimmen unterlag. Im Jahre 1874 erhielt Hasselmann bei der Stichwahl 12,948, der nationalliberale Stader 12,567 Stimmen. Die Sozialdemokraten haben bis jetzt zwei Sitze definitiv verloren, nämlich Elberfeld und Mitweida, und vier erobert.

Während aus Marpingen der Wunsch in der „Germania“ laut wird, daß nach den in jüngster Zeit wiederholten „Erscheinungen der Jungfrau Maria“ endlich eine kirchliche Kommission zusam-

Annoncen:  
Annahme-Bureaus  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, Münzen, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Danck & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidenbank“.

Inserate 20 Pf. die schwarzspaltete Seite über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Dienstag, 23. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

mentreten möge, um die Echtheit des „Wunders“ zu prüfen, meldet dasselbe ultramontane Blatt, daß sich in Münster ein Komitee befußt Förderung der öffentlichen Verehrung der „gotischen“ Anna Katharina Emmerich gebildet habe, von welchem bereits das Häuschen im Dümlen gekauft worden sei. Es scheint, daß die Ultramontanen ganz systematisch vorgehen, um den Wunderkultus a la Lourdes in Deutschland einzuführen und dabei ist ihnen die Wachsamkeit der Behörden natürlich unfehlbar. Bestätigend wird gemeldet, daß die Zentrumskommission des Abgeordnetenhauses die Maßnahmen der Regierung gegen die „Muttergotteserscheinungen“ in Marpingen demnächst zum Gegenstand einer Interpellation machen gedenkt.

## Deutschland.

Z Berlin, 21. Januar. Wie die Rang- und Quartierliste der Armee mit dem Jahre 1877 im Januar erscheint, erscheint fortan auch die Rangliste der Intendanturbamten (Mittler und Sohn Berlin) im Januar jedes Jahres. Dem der Liste zum ersten Male vorgedruckten Etat entnehmen wir, daß für die Intendanturen der 14 preußischen Armee-Corps etatsmäßig sind: 14 Intendanten mit einem Gehalt von

6,900 bis 8,100 M. im Durchschnitt	7,500 M.
67 Intend.-Räthe mit	3,600 — 5,400
2 Reg.-Bauräthe	4,200 — 6,000
34 Intend.-Assess.	1,800 — 3,000
180 " Sekretäre	1,800 — 3,300
28 " Registrat.	1,800 — 3,300
90 " Sekr.-Assist.	1,350 — 1,650
14 " Registr.-Assist."	1,350 — 1,650

28 Bureau-Ditäre für den Sekretär-Dienst mit 1,350 — 1,650 Renumérat. „ 1,500 „ 4 Bur.-Dät. f. d. Rgstr.-D. 1,350 — 1,650 „ 1,500 „ 21 Kanzlisten mit 1,650 — 2,250 Gehalt „ 1,950 „

Vorhanden sind dagegen 14 Intendanten, darunter 1 Oberst incl. 1 Stellv. Intendanten, 84 Mitglieder (Räthe und Assessoren) darunter 5 mit dem Charakter als Geh. Kriegs-Räthe, 2 Majore, 11 Hauptleute und 1 Prm.-Lieutenant; 2 Regierung-Bauräthe, 11 Referendarien, 13 zur Dienstleitung kommandirte Offiziere, 267 Sekretäre und Assessoren, 42 Registratoren etc., 27 Bureau-Ditäre für den Sekretär-Dienst und 4 dergl. für den Registratur-Dienst, 30 Sekretariats- und 21 Registratur-Applikanten und 28 Intendantur-Kanzlisten etc. — Die etatsmäßig angestellten Intendantur-Beamten vom Intendanten bis zum Assistenten abwärts, beziehen neben dem Gehalte den charakteristischen Dienst- und Tarifmäßigen Servis und den Wohnungsgeld-Zuschuß, die Beamten und die Kanzleibeamten als Zivilbeamte der Militärverwaltung den Wohnungsgeld-Zuschuß.

Zur Ausführung des Artikels 16 des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 sind seitens des Reichskanzleramts Normativbestimmungen über die Erhaltung der Gräber der im Jahre 1870-71 auf deutschem Boden beerdigten französischen Soldaten aufgestellt worden, welche die Zustimmung der sämtlichen beteiligten Regierungen im Reihe gefunden haben und nunmehr in Preußen durchgeführt werden sollen. Diese Normativbestimmungen gehen dahin:

1. Außerhalb der ordentlichen Friedhöfe belegene Massengräber und für französische Krieger angelegte Begräbnisplätze werden dauernd erhalten. 2. Auf den ordentlichen Friedhöfen belegene Grabstätten von besonderer Bedeutung, namentlich solche, welche mit Denkmälern gekrönt sind, werden erhalten, so lange der Friedhof als solcher im Gebrauch ist. Anderen Gräbern wird ein Ruherecht von eben solcher Dauer zugestanden, welche für die Grabstätten des betreffenden Friedhofes allgemein vorgeschrieben oder üblich ist; nach Ablauf der Erhaltungsfrist werden die Ruherechte in Massengräbern vereinigt, für welche dauerndes Ruherecht zu sichern ist. 3) Die Unterhaltung erstreckt sich auf die Erhaltung der Erkenntbarkeit der Grabstätten als solcher, im Besonderen auch auf die Konservirung der etwa vorhandenen Einriedigungen, Denkmäler, Zugangswege u. s. w. 4) Die Ausführung der Bestimmungen des Artikels 16 des Friedensvertrages liegt den eigentlichen Bundesregierungen ob, so weit es sich nicht um Grabstätten auf reichsfestlichem Terrain handelt. Die Unterhaltung derjenigen Gräber französischer Krieger, welche sich auf Militärfriedhöfen oder auf einem zur Militärverwaltung gehörigen Grundstück befinden, wird aus Fonds des Militäretats bestritten. In gleicher Weise sind die Kosten der Unterhaltung der außerhalb der ordentlichen Friedhöfe belegenen Massengräber und einzelnen Gräber französischer Krieger, sofern dieselben auf festlichem Terrain liegen, auf die Staatskasse übernommen und werden von denjenigen Behörden bestritten, unter deren Verwaltung die Lokalität sich befindet. Der größte Theil der Gräber französischer Krieger befindet sich auf den ordentlichen Begräbnisplätzen, von politischen Gemeinden, sowie von Kirchen- und Synagogen Gemeinden. Diese Gemeinden ist im Wege der Unterhandlung die Verpflichtung zur Unterhaltung der Gräber im Sinne der Normativ-Bestimmungen gegen Entschädigung in Form einer einmaligen Kapitalzahlung — soweit sie nicht auf eine solche verzichtet haben — übertragen. In einigen wenigen Fällen wurde der Grund und Boden, auf dem sich die Gräber befanden, abgelöst. Zu diesen einmaligen Kapitalsabschöpfungen wird der Beitrag von 32,000 Mark erforderlich sein.

Nicht geringes Erstaunen erregte es vor einigen Wochen, als in der Generalversammlung des Berliner Zweigvereins der Deutschen Schillerstiftung auch der Thatssache Erwähnung geschah, daß die Witwe des bekannten Dichters George Heine in so ärmlichen Verhältnissen befindet, daß sie aus der Vereinskasse der Schillerstiftung unterstützt werden mußte. Heine war fünfundzwanzig Jahre lang ein treuer Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ und es mußte auffallen, daß das Blatt nicht der Witwe zu Hilfe kam. Jetzt bringt der „Hannoversche Courier“ folgende darauf bezügliche Notiz:

„Mit den früher so blühenden Finanzen der „Kreuzzeitung“ muß es gegenwärtig einigermaßen welf bestellt sein, was als Zeichen der Zeit doch wohl Erwähnung verdient. Die Verwaltung hat vor Kur-

zum vier von ihr gezahlte oder zugesagte Wittwenpensionen eingestellt, darunter die des bekannten Dichters George Heine, der in dem festen Glauben an diese Verfolgung der Seinen gestorben war und dem konservativen Blatt 25 Jahre lang ebenso treue wie wertvolle Dienste geleistet hat."

— In Beziehung auf die Wahl des ersten Bize-Präsi-  
dents des Landtages hat die Fraktion der deutschen Fortschritts-  
partei in der Sitzung am 19. Januar er. nachstehende Erklärung  
beschlossen:

1) Nachdem Herr Haniel der Fraktion gegenüber die Initiative ergreifen hatte, indem er den Wunsch aussprach, daß im Interesse der Partei seiner Kandidatur bei der Wahl des ersten Bize-Präsidenten abgesehen werde, hat die Fraktion zunächst sich ihre Entscheidung in Bezug auf die Personenfrage vorbehalten, dagegen die bestimmte Forderung erhoben, daß der erste Bize-Präsident aus ihrer Mitte genommen werde. Nachdem ihr dies zugestanden war, designierte sie als ihren Kandidaten den Abg. Klotz. Indem die Fraktion den Verzicht des Abg. Haniel annahm, hat sie sich nur durch die Rücksicht leiten lassen, das Verhältnis der Parteien zu einander nicht durch Personenfragen zu erschweren.

2) Die Fraktion verbahrt sich gegen die von zahlreichen Organen der feindlichen Presse verbreiteten Missdeutungen und Verdächtigungen, als ob in der Lösung der Personenfrage irgend welche Missbilligung oder auch nur Abschwächung des parlamentarischen Verhaltens der Fortschrittspartei und ihrer Mitglieder im Reichstage, insbesondere gegenüber dem Justizkompromisse, gesunden werden könnte. Sie hat den Abg. Klotz als ihren Kandidaten gewählt, weil er mit dem Abgeordneten Haniel im Reichstage die Prinzipien der Partei treu vertheidigt hat.

3) In demselben Sinne hat sie schon am 13. d. M. den Beschluss gefasst, zu erklären: "daß sie den Zusammenhang der Fraktion des Landtages und der Fraktion des Reichstags als Grundbedingung des Fortbestandes der deutschen Fortschrittspartei im Sinne des Programms von 1863 betrachtet, und daß sie daher für solche Abgeordnete, die sowohl im Landtage als im Reichstage sitzen, die Zugehörigkeit zur Reichstagsfraktion als Voraussetzung ihres Verbleibens in der Landtagsfraktion fordert."

Die Nationalliberalen des ersten Berliner Reichswahlkreises sind rühriger als die Anhänger der Fortschrittspartei; sie traten am Freitag wiederholt zu einer Verabredung zusammen, die sehr zahlreich besucht war. Nachdem der Vorsitzende, Dr. Wiesenthal, die bisherige Tätigkeit des provisorischen Wahlkomitees klargestellt und die glänzenden Erfolge dieser Tätigkeit bei dem ersten Wahlgange bestont hatte, ermahnte Kommerienrat Delbrück die Versammlung, der Verludung, auf die fürstlich in einem benachbarten Saale erhobenen Angriffe und Schmähungen gegen die nationalliberale Partei zu antworten, nicht zu folgen, sondern sans phrase die zukünftige Aufgabe jedes einzelnen darin zu erkennen, daß alle Kräfte angespannt werden, um Herrn v. Forckenbeck zum Siege zu verhelfen. Die Welt werde sich genügend klar darüber sein, daß nicht die nationalliberale, sondern die Fortschrittspartei die so bedauerliche Trennung provoziert habe. Ein hierauf vom Herrn Kommerienrat Delbrück vorgelegter kurzer Wahlausdruck wurde genehmigt. Derselbe enthält keine weiteren Auseinandersetzungen, sondern verweist nur auf die Kandidatur v. Forckenbeck und appelliert an das Pflichtgefühl jedes einzelnen Wählers am Tage der Stichwahl. Der Wahlausdruck soll gleichzeitig das Wahllokal und die zu den resp. Wahlbezirken gehörenden Straßen und Häuser versezieren. — Die schließlich zirkulierenden Listen zur Bildung von Auktionskomitees sollen gleichzeitig dazu dienen, für alle ferneren Wahlakte ein Netz von Vertrauensmännern über die ganze Stadt zu spannen.

— In diesem Jahre wird das erste pommerische Regiment Nr. 2, oder, wie gegenwärtig dessen Benennung lautet, das Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommersches) Nr. 2, das seit seines zweibündigeren Bestehens beigegeben. Nach dem Leib-Kürassier-Regiment Nr. 1 ist dasselbe unter den in der preußischen Armee noch aus dem alten brandenburgischen Heeresbestande auf die neue Zeit übernommenen Regimentern das einzige, das die zwei Jahrhunderte seit seiner Errichtung ununterbrochenen Bestand und ohne eine Wiedererrichtung nach einem schweren Unglücksfall zurückgelegt hat. Die Feuerprobe hat das Regiment noch 1877 bei der Belagerung von Stettin erhalten. Die hervorragenden Tage seiner älteren Geschichte sind die Schlachten von Steinkerken, Neerwinden, Odenarde, Malplaquet, Chotuitz, Hohenfriedberg, Soor und Kesselsdorf, Prag, Leuthen, Liegnitz, Torgau, Friedberg und vor Allem die Nachtschlacht von Hochkirch. Den glorreichsten Abschnitt seiner Geschichte bilden jedoch die Befreiungskriege, welche sein Füsilier-Bataillon gleich im ersten größeren Gefecht bei Lüneburg mit der Eroberung von 2 Fahnen und 6 Geschützen eröffnete. Wieder eine feindliche Fahne fiel dem Regiment als Siegesbeute bei Dennenitz zu, und 2 Fahnen, 63 Geschütze wurden von demselben bei der Eroberung von Leipzig am 19. Oktober 1813 erbeutet. Den rubinroten Kampf bestand das Regiment endlich in der Schlacht bei Belle-Alliance, bei der Eroberung des Dorfes Blanchemont, wo Napoleon's I. alte und junge Garde vernichtet und von den gesammelten an dieser Waffenthat beteiligten preußischen Truppen-Teilen 5 Adler und eine große Zahl von Geschützen genommen wurden. In den neueren Kämpfen hat das Regiment 1866 bei Gitschin und Königgrätz 1870-71 hingegen bei Gravelotte, in der großen Ausfallschlacht vor Paris, bei Champigny und zuletzt noch in der Reihenfolge von Gefechten mit gekämpft, durch welche nach der Schlacht bei Belfort die zweite französische Westarmee unter General Bourbaki schließlich zum Übertritt in die Schweiz genötigt wurde.

— In Beziehung auf die Befreiungssiege eines Referendar als gerichtlichen Bertheidiger eines Angeklagten hat das Ober-Tribunal, Senat für Strafsachen, in einem Erkenntnis vom 4. Januar 1877 folgende Entscheidung getroffen: Die Funktionen des Bertheidigers eines Angeklagten, auch wenn er ein Referendar ist, erwidern nicht mit dem Ablauf des Audientermins, gleichviel ob der Bertheidiger vom Angeklagten selbst erwählt, oder ihm durch das Gericht von Amts wegen bestellt ist. Welnehr kann ein als Bertheidiger wirkender Referendar gegen das ergangene Erkenntnis mit rechtlicher Wirkung ein Rechtsmittel einlegen, vorausgesetzt, daß sich der Angeklagte vor oder auch nach Anmeldung des Rechtsmittels damit einverstanden erklärt. Auch bedarf die von einem Referendar eingelegte Beschwerdeschrift keiner besonderen Legalisation durch einen Rechtsanwalt.

— Seitens des königlichen Polizeipräsidiums sind neuestens die bisher für den Weihnachtsabend, Gründonnerstag, Ostermontag und die Sterbefälle der verstorbenen preußischen Könige ausgesprochenen Beschränkungen des Theatergewerbebetriebes aufgehoben und ist festgestellt worden, daß bis auf Weiteres nur noch darauf gehalten werden soll, daß am Charfreitag und Fastnacht keine Theater-Vorstellungen stattfinden und daß am Geburtstag der Verstorbenen nur Stücke ersten Inhalts zur Aufführung gelangen. Zu diesem letzteren Behufe ist die Bestimmung getroffen, daß die Theaterdirektionen mindestens 10 Tage vorher dem Polizeipräsidium nachzuholen und die Genehmigung zur Aufführung derselben einzuholen haben.

— Thorn, 21. Januar. [Preßprozeß] Die "Gazeta Toruńska" läßt sich von Berlin schreiben, der Redakteur der "Germania" habe eine Vorladung erhalten, weil er den Bürgermeister a. D. Rex wegen Beaufsichtigung des polnischen wissenschaftlichen Vereins beleidigt habe. Der Prozeß, so meint das Blatt, interessiert die Polen sehr, weil durch denselben die amtliche Stellung des p. Rex klar gestellt werden wird. Da der Redakteur auch aufgesfordert worden ist, er solle sich über den Verfasser des Artikels genau informiren, so spült sich der Prozeß zu einer Art Zeugnizwaltung zu.

"Dass besonders die polnischen Gegenden unter preußischer Herrschaft als Kessel zur Bereitung dieser Pariser (Kulm, Posen und gegenwärtig indirekt Thorn) dienen, das ist ohne Zweifel — Buzal" — sagt der Einsender.

Vielleicht ist es richtiger anzunehmen, daß der Jesuitismus in Posen und Westpreußen die meisten Jünger zählt und diese die Materialien zur Bereitung der "Pariser" liefern.

(Poznań, 21. Januar. [Geldsammlungen]) Wenn zu einem gemeinnützigen Zwecke in unserer Diözese etwas hergegeben werden soll, dann ist dieselbe arm, wie die Kirchenmaus. Handelt es sich aber um Zwecke der Hierarchie, dann fließt das Geld in Strömen. So hat unsere Diözese nach Adrianopol für die bulgarische Mission 3600 Mk. im vergangenen Jahre abgesandt. Dazu haben die Gemeinden Boban rund 192 Mk., Kisewo 123 Mk., Lubichowo 207 Mk., Pacjewo 326 Mk., Pogotow 159 Mk., Schwed 290 Mk. beigesteuert. Wir sind begierig zu hören, wie viel diese Gemeinden für die Überschwemmten geopfert haben.

(Briefen, 21. Januar. [Zubelgeschrei]) Das poznański Jesuitenblatt läßt sich von hier schreiben: Nach abgehaltener Messe gingen wir zur Wahl. Ich hätte gewünscht, wenn der Minister Falk selber sich von dem Eifer unserer Städter überzeugt hätte, würde er leicht erkannt haben wie die Nähe des unglücklichen Blumitz, hier zur Erweckung des katholischen Geistes beigetragen hat. Von 791 Wahlern stimmten 608. Davon erhielt v. Szanielski 287, Dr. Gerhardt 278 und Bischof 43 Stimmen." — Es wurden also doch 34 deutsche Stimmen mehr als polnische abgegeben. — Vielleicht hätte dieser Umstand den Minister Falk von der Notwendigkeit überzeugt, daß es besser gewesen wäre, der glattrasierte Einsender aus unserm Orte hätte vor Jahresfrist empfangen, was ihm bevorstand.

(Schwetzingen, 21. Januar. [Zeremoniaden]) Von dem polnischen nationalen Geiste, der angeblich in unserm Kreise herrschen sollte, wußten polnische Blätter nicht genug zu erzählen. Seit der letzten Reichstagswahl, in welcher Abgeordneter v. Parczewski trotz vieler Rechenschaftsberichte erlag, hört man von diesen Blättern gerade das Gegenteil. So behauptet der "Przyjaciel ludu": "Die polnischen Wähler in unserem Kreise haben sich beeinflussen lassen. Besonders sollen diejenigen in Laskowic, dem Gute des Herrn v. Gordon, und in allen seinen Vorwerken dies gehabt haben. Von 50 Wählern haben nur 15 für Parczewski gestimmt. Sie fürchteten sich zu sehr vor ihrem Herrn, und da er am Tische saß, meinten sie, daß er ihre Stimmentzettel erkennen und ihnen gleich den Freizetteln geben werde. Manche Wirtshäuser und Stellmacher haben sogar Anderen abgeraten und gesagt: Warum soll Ihr für Parczewski stimmen? Lieber für unsern Herrn; das schaue ja nichts, denn nur wer die meisten Stimmen hat, soll nach Berlin gehen — gewiß um Minister zu werden. Der Inspektor stand in der Thür und verhieß die Zettel für Gordon und so konnten die Leute die polnischen Zettel nicht mehr hervorholen, denn der Herr hatte die Klauen schon nach dem ersten Zettel ausgestreckt." Wir haben diesem gemeinen Erguß nichts hinzuzusetzen. Wer sich der früheren Berichte über die Volksversammlungen in unserem Kreise erinnert, wird ja wissen, was er hierzu sagen soll. Vielleicht aber interessiert es, wenn wir noch den "Przyjaciel ludu" reden lassen. Derselbe meldet aus unserem Kreise, daß die Wahlbeteiligung eine sehr große war. Indes sei das Wahlergebnis ein zweifelhaftes, da die Bezirke so ungünstig für die polnischen Wähler abgegrenzt worden seien, daß man wirklich die Erfahrung derjenigen, die sie abgegrenzt haben, bewundern müsse. Es ist aber fraglich, meint das Blatt, ob sich die Wähler überall so brav gehalten haben, wie in dem Wahlbezirk, dem der Einsender angehört. Das wird sich ja bald aufklären. Auf die Faulen und Abtrünnigen werden wir mit Fingern zeigen und vielleicht ihre Namen sogar im "Przyjaciel ludu" veröffentlichten.

(Breslau, 20. Januar. Wir haben schon mitgetheilt, daß die Nationalliberalen und die Fortschrittsmänner sich bei den hier bevorstehenden Stichwahlen unterstützen werden. Die breslauer Zeitungen veröffentlichten nun folgenden darauf bezüglichen Aufruf:

Die Wahlergebnisse vom 10. Januar haben auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Breslaus einen tiefen unheimlichen Eindruck gemacht und eine allgemeine Empfindung der Unsicherheit erzeugt. Tausende von Mitbürgern haben sich an jenem Tage auf das Gebeis von Führern, welche zwischen "Kapital und Arbeit", zwischen Besitzenden und Besitzlosen" den feindlichsten Gegensatz predigen, als Gegner des Bürgertums erklärt, bereit, den Kampf gegen den bestehenden Staat, die Familie und das Privateigentum aufzunehmen. Ein Wahlsieg der Sozialdemokraten bedeutet die Sanktionierung der sozialistischen Bestrebungen durch die Hauptstadt Schlesiens. Es ist daher die Pflicht aller Wähler, welche jene Bestrebungen nicht gut heißen, am 26. Januar zu den Wahlurnen zu eilen und ihre Stimmen im Ostkreis für Herrn Dr. Lasker, im Westkreis für Herrn Professor Haniel abzugeben. Seien wir nicht sämig. Es handelt sich weniger darum, daß die Herren Lasker und Haniel die Majorität erhalten, als vielmehr darum, daß die sozialdemokratischen Kandidaten nicht gewählt werden. Einer gemeinsamen Gefahr gegenüber muß aller Partei iha der schwieigen, und wir ersuchen daher besonders unsere speziellen Parteigenossen dringend, für die Wahl des Herrn Dr. Lasker eben so eifrig und aufrichtig thätig zu sein, wie für die Wahl des Herrn Professor Haniel.

Breslau, den 18. Januar 1877.  
Das Wahlkomitee der deutschen Fortschritts-Partei.

Im Westkreis will auch die Zentrumspartei für Prof. Haniel stimmen, im Ostkreis sich dagegen der Wahl enthalten, da die Abgabe der Stimmen für den "Israeliten" Lasker von den Führern der Partei als "Sünde" bezeichnet wird.

(Elberfeld, 19. Januar. Über die hier vorgefallenen Ausschreitungen berichtet die "Elb. Zeitg." wie folgt:

Gegen 8 Uhr, als aus den verschiedenen hiesigen und barmer Wahlbezirken die Wahlergebnisse einließen, hatte sich gestern vor dem Sam. Lucas'schen Geschäftshause (der Buchdruckerei der "Elb. Zeitg.") auf der Hofländerstraße eine große Menschenmasse gesammelt, um Kenntnis vom Wahlergebnis zu erlangen. Die Menge wuchs zusehends, so daß sich die Polizeibehörde veranlaßt sah, stärkere Patrouillen nach dem Hofcamp sowohl, als nach der Friedrichstraße zu entsenden. Der Ärger über das für die Sozialdemokratie ungünstig aus gefallene Ergebnis setzte nach und nach in Unwillen aus, der sich durch wildes Geschrei, Lärmen, Sperrung des öffentlichen Verkehrs und thätlichen Angriff auf ruhig vorübergehende Bürger Luft machte, denen die Hände unter großem Jubel der Straßenzugung eingeschlagen wurden. Alt und Jung wurde nicht geschont, und so sah man Greise, die ihre Kopfbedeckung im Stiche ließen und ohne solche nach Hause gehen mußten. Bald nach 10 Uhr einging die Ruhestörer dazu über, die Fenster an den beiden Straßenzeilen der unfern der Zeitungsgesellschaft gelegenen Restauration zum "Deutschen Kaiser", woselbst wie gewöhnlich an Donnerstagen Konzertvorträge der Henning'schen Kapelle stattfanden zu zertrümmern. Der Omnibus, in welchem die Instrumente transportiert werden, wurde beschädigt und umgeworfen. Das Schiffchen der Feuerwehrmusik erfuhr auch auf der Friedrichstraße das Wirthschaftslokal Nr. 25, so wie ein anstoßendes Kleidergeschäft. Auf der Friedrichstraße wurden, um das böse Spiel weiter betreiben zu können, zwei Gaslaternen ausgelöst, auch eiserne Bleleplatten gewaltig aufgehoben. Außerdem wurden auf dem neuen Markt an den Wohnungen Nr. 65 in der Louisestraße und Nr. 45 an der Hombühler- und Mittelstraße die Fenster durch Steinwürfe zertrümmert. Der Eigentümer eines dieser Häuser hatte in der letzten Versammlung der Sozialdemokraten auf dem Johanniskirchhof gut gemeinten, aber fruchtbaren Versuch gemacht, die Anhänger der sozialdemokratischen Lehre von der Irrigkeit ihrer Ansicht zu überzeugen. Verkaufsstellen umgeworfen, Stangen derselben fortgenommen und, um als Fahnen zu dienen, mit rothen Tüchern verkleidet. Die Polizei suchte den Eriess durch thatkräftiges Einschreiten überall Einhalt zu thun, und war sogar genötigt, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Über 20 Verhaftungen wurden vorgenommen. Daß die Stadt für den angerichteten Schaden aufzukommen hat, wird wohl Federmann bekannt sein. Hasselmann's Saat ist schon weit gediehen, glücklicher Weise verhinderte die Polizei die völlige Reife. Die Maßregeln der Polizeibehörde waren in sehr unsichtiger Weise getroffen; mehrere Lokale, besonders die gewöhnlichen Versammlungsstätte der Sozialdemokraten, wurden politisch geschlossen. Der Herr Oberbürgermeister unterließ es nicht, sich nach dem Sam. Lucas'schen Geschäftshause durch die Volksmasse hindurch zu begeben, um sich persönlich von der Durchführung seiner Anordnungen an dem gefährdeten Punkte zu überzeugen. Derjenige, welcher wohl die Versammlung zu den Versammlungen in der Dienemeyer'schen Wirtschaft das Nebenhaus blieb auch nicht verschont) gegeben, ist erkannt, ebenfalls ist einer der Steinwerfer bekannt, der an der Zerstörung des genannten Hauses Anteil genommen. Von den angerichteten Verstößen überzeugte sich heute Morgen der Herr Oberbürgermeister persönlich. Die Untersuchungen sind im Gange und werden sicher mit aller Strenge geführt werden. Zu erwähnen ist noch, daß mehrfache Verwundungen stattgefunden haben; u. A. wurde eine Dame im Konzertsaal des Deutschen Kaiser durch einen Steinwurf schwer verletzt. — In Barmen ist es zu keinen Unruhen gekommen. Das Ergebnis der Wahl erwartet, harrete im Saal der "Schützenhalle" eine dicht gedrängte Menge von Sozialdemokraten und sang ein um das andere mal, durch falsche Siegesnachrichten getäuscht, die Arbeiter-Marschalla. Da endlich erschien Hasselmann, der vermeintliche Sieger, von tobenden Händen empfangen und verkündet — die Niederlage der Partei, die natürlich nur durch die abscheulichsten Untrübe der Gegner verhängt sei. Welch' schwerer Schlag der sozialdemokratischen Partei durch die Niederlage Hasselmann's beigebracht ist, darüber konnten sich die eigenen Anhänger der Partei am allerwenigsten täuschen.

Rottenburg, 20. Januar. Über den mehrererwähnten Uebertritt des Dompräbendars Bauer in Rottenburg zum Altkatholizismus werden folgende Einzelheiten gemeldet: Bauer ist der Sohn eines Lehrers in Mergentheim, wurde im Konvikt in Tübingen gebildet und bekleidet die Stelle eines Dompräbendars seit ungefähr 5 Jahren. Er erfreute sich musikalischer Begabung und batte den Domchor aus gemischten Stimmen bestehend, einzuhören und zu dirigieren. Es war öffentliches Geheimnis, daß er schon seit mehr als Jahresfrist seine Stelle zu wechseln beabsichtigte. So soll er schon im Winter 1875 mit dem Kardinal Manning wegen Übernahme einer ähnlichen Stelle in London unterhandelt haben, die Unterhandlungen zerschlugen sich aber wieder. Andere Bemühungen Bauer's um Erlangung einer Mustdirektorenstelle sollen erfolglos gewesen sein. Jedemfalls dachte kein Mensch an seinen Uebertritt zum Altkatholizismus. Die Korrespondenzen hierüber wurden von ihm ganz geheim gehalten; erst am Tage vor seiner Abreise von Rottenburg vertraute er sich einigen Freunden vom Laienstande an. Am Dienstag, den 9. Januar reiste er Morgens um 6 Uhr mit dem Bahnzug nach Horb-Pforzheim u. s. w. ab, nachdem er dem Bischof seines Schritts angezeigt hatte. Ein von letztem gemachter Versuch, Bauer zu sich zu laden, um ihn von seinem Schritte abzurufen, scheiterte, da Bauer längst über alle Berge war. Über die Gründe dieses seines Schrittes existieren verschiedene Lesarten. Thatsache ist, daß sein Schritt im Allgemeinen keine Sympathie findet, zumal da Bauer noch zwei Tage vor seiner Abreise in der Domkirche predigte. Inzwischen ist, wie gemeldet, gegen Bauer von dem bischöflichen Ordinariate die Exkommunikation und die Säuselpension von seiner Stelle verfügt, und diese Maßregel Sonntag, den 14. Januar, in beiden Kirchen von der Kanzel verkündigt worden.

## Ö ster rre i ch.

Wien, 19. Januar. Die Verzögerung des Kriegs-Ausbruches bis zum Frühjahr erscheint dem "Fremdenblatt" als das wahrscheinlichste, wenigstens soweit Russland als einzig impulsgebend in Betracht kommt. Auch als der erste Akt des welt-historischen Dramas, genannt "orientalische Frage", mit Erhebung der Griechen in Szene ging, ließ Russland, ungeachtet der bis zum Aufersten gespannten Situation, die Wintermonate des Jahres 1828 ohne Feindseligkeiten verstreichen. Es erließ am 26. Februar des genannten Jahres ein Memorandum zur Rechtfertigung seines Vorgehens, erklärte am 14. April den Krieg und überschritt erst am 7. Mai den Bruth. Der Winter, besonders wenn er nicht dauernd der unteren Donau ein kaum zu bezwingender Feind. Was würde es der russischen Heeresführung nützen, wenn sie über die zahlreichen und treffsicheren Artillerie, über Train- und Brücken-Equipagen, über unerschöpfliche Proviant- und Fourageworräthe zu verfügen hätten, aber alle diese im Kriege unentbehrlichen Dinge auf dem weichen Moorboden der Dobruja oder den primitiven Bergwegen Bulgariens nicht weiter zu bringen vermöchten? So fruchtbar auch die Landstriche sind, welche die Russen in dem bevorstehenden Feldzuge zunächst betreten werden, sie sind schwach bevölkert, schlecht bebaut und durch lange Miswirthschaft ausgesogen. Raum ein Bataillon, viel weniger eine ganze Armee russischer Soldaten könnte sich in den Provinzen der europäischen Türkei für die Dauer ernähren. Bulgarien ist kein Frankreich, das, von Eisenbahnen und Straßen durchzogen, es einem siegreich vordringenden Feinde ermöglicht, mittels Resquisitionen seine Bedürfnisse zu decken. Nach Bulgarien müßte daher Alles, was die Russen bedürfen, über die einem großen See gleichen Donau gebracht und hierauf in langen Zügen und schweren Lasten den marschirenden Truppen nachgeschleppt werden.

## F ran c e i ch.

Zur Klärstellung (?) des Verhältnisses Deutsches Land zu Frankreich bringt das "Berl. Tagebl." von einem ihrer berliner Korrespondenten, freilich unter größter Reserve, nachstehende Sensations-Enthüllungen:

In den Händen der deutschen Regierung befindet sich das Material einer gewaltigen Anklage gegen die Häupter der Orleans, welche auf den Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge in Frankreich hinwirken. In das gefährliche Komplott sollen nicht nur Regierungsmänner geogen sein, welche das Vertrauen des Marschall-präsidenten missbrauchen, sondern die Verschwörung erstreckt auch auf Verzweigungen sogar in die Armee und Marine, und vom Auslande

werden die Fäden in Bewegung gesetzt, welche die künftige Aktion dem Präsidenten Frankreichs in die Hände spielen sollen. Ob ein Ge- brauch und welcher von den Enthüllungen über das kriegerische Pro- gramm und das sonstige Rüstzeug der Orleanisten gemacht wird, ist uns bis zur Stunde noch unbekannt. Aber wahrscheinlich ist es, daß die Repräsentanten der Macht in Frankreich gewarnt worden sind, Einflüsterungen Gehör zu schenken, welche den Frieden Europas ehr- geizigen Plänen zu opfern gedenken. Den Agenten der Orleanisten an den fremden Höfen, gleichviel, ob sie zum Familienverbande der Dynastien gehören, oder ob sie Minister- oder Generals-Uniform tragen, mag es immerhin gelingen, für die bevorstehenden kriegerischen Eventualitäten eine neue Gruppierung der Mächte zu erfinden, welche die Hoffnungen der Kriegspartei in Frankreich zu begünstigen scheint. Über der praktische und gefunde Blick der leitenden Staatsmänner wird Europa davor bewahren, daß der Kanonendonner an der unteren Donau das Signal zu weiteren kriegerischen Komplikationen abgeben könnte, auf welche die Koterie der Orleanisten ihre Verschwörungs- und Umskupplungen stützt.

**Paris.** 18. Januar. Der pariser Berichterstatter des „*Daily Telegraph*“ hat den General Tschernajeff gleich nach seiner Ankunft in Paris „interviewt“. Nachstehende Auszüge über die Erlebnisse des Generals in Serbien sind dem Berichte des Korrespondenten entnommen:

General Tschernajeff versicherte, daß Angesichts der „organisierten Unordnung“ der serbischen Mannschaften es der Gegenstand seiner unausgesetzten Bemühungen gewesen sei, den Türken weisz zu machen, daß sie ein wohlgerichtetes Heer vor sich hätten. Es könne sich Niemand eine Vorstellung von dem wahren Zustande der dortigen Verhältnisse machen. „Die serbischen Soldaten verließen Reich und Heimat, um nach Hause zu gehen, und kamen nur dann zurück, wenn es ihnen paßte. Bis zum 20. August waren nur hier und da einige wenige russische Freiwillige vorhanden. Später stießen 604 Offiziere und 1800 Mann zu den serbischen Truppen, aber ich erkläre ausdrücklich, daß der russische Bestandtheil meines Heeres niemals zahlreicher war.“ Es sei ein Irrthum, daß Rußland bereit sei, Frieden um jeden Preis anzunehmen. Angesichts der Haltung, die es eingenommen habe, gebe es gewisse Fälle, welche es verpflichten würden, zu Felde zu treten. Ein Theil der in Beßarabien liegenden Truppen sei mit Augenleiden behaftet, noch sei aber noch keine epidemische Krankheit aufgetreten. Die Türken seien durchaus als Vertheidiger einer Festung, im offenen Felde aber könnten sie sich nicht gegen die Russen behaupten. Das serbische Heer könne wieder hergestellt werden. Dazu aber seien außer beträchtlichen Geldmitteln eine Anzahl russischer Offiziere für die Bildung der Kadres und ein Kern von Freiwilligen für die Truppenheile erforderlich. In einer vor Kurzem in Kischinow stattfindenden Zusammenkunft mit dem Oberbefehlshaber der russischen Subarmee, Großfürst Nikolaus, habe dieser zu Tschernajeff gekündigt, letzter könne bis zur Entscheidung über Krieg und Frieden entweder in Rußland verbleiben oder auf dem Festland umherreisen. Sollten die Feindseligkeiten aber zum Ausbruch gelangen, so hofft Tschernajeff wieder in aktiven Dienst zu treten.

Von Interesse sind auch die nachstehenden Auszüge des greisen Tiobiers über die Konferenz, welche derselbe gegen einen seiner Freunde gehalten hat:

„Wenn die Konferenz“ — so lauten die Worte des greisen Staatsmannes — „aueinandergeht, ohne irgend etwas zum Abschluß gebracht zu haben, und dabei gegen die Türkei einen zurückhaltenden Ton beobachtet, welcher Europa in den Stand setzt, diese aufmerksam und sogar scharf zu überwachen, so wird die Türkei im Einstift der Gefahr, der sie eingetragen, nothwendiger Weise sich dazu bewegen fühlen, ihr Auferstehen zu thun, was die von ihr gemachten Verpflichtungen zu erfüllen. Ihre Unterthanen sind anspruchsloser geworden, und Midhat Pascha hat einen hinreichend offenen Kopf, um die Reformen zu fördern, deren Nothwendigkeit er anerkannt hat. Ich bin jüngster Zeit mit keinem einzigen türkischen Politiker zusammengekommen, der nicht gefühlt hätte, daß die Türkei sich in den Augen Europas wieder aufrichten müsse und dessen öffentliche Meinung nicht weiter herfordern dürfe. Ich meine nichts, daß die Frage auf solche Weise geordnet und das gewünschte Ziel, nämlich die Verbesserung der Lage nicht bloss der Christen, sondern der gesamten Türkei, erreicht werden wird. Ich hoffe dies im Interesse aller und namentlich Frankreichs. Wir brauchen Frieden; wir bedürfen seiner, damit wir uns an Ruhe und Überlegung gewöhnen. Dies können wir, wenn im Orient Frieden geschlossen wird. Die jetzige Zeit ist weder für große Fehlakte, noch für großen Thaten geeignet. Was die großen Fehlakte anlangt, so müßten diese, wenn überhaupt, absichtlich begangen werden, und die großen Thaten anlangen, so wäre es unklug davon zu träumen. Die Republik kann daher sich auf einer friedlichen und nicht zu gerüschten Laufbahn bewegen, denn dies hat den Vorzug, daß dann nicht zu viele Ansprüche an sie gestellt werden. Sie erregt weder großen Ehrgeiz, noch große Begierden; vorausgesetzt, daß sie weder Gutes verbündet, noch Böses tut, wird ein Mehreres nicht von ihr verlangt werden, und man wird ohne außerordentliche Ansprüche sich einige Jahre hindurch recht wohl unter ihr befinden. Friede wird uns daher hier zu Lande wohl bekommen, und die Konferenz wird, wenn sie sich jetzt trennt, gerade wie die Republik wirken, da sie weder Schaden angerichtet, noch Gutes verbündet hat.“

**Paris.** 18. Januar. Herr Alexander Dumas hat an den Schriftsteller Alexander Lava, der in populären Vorträgen für die gesetzliche Wiedereinführung der Geschiedung Propaganda macht, folgenden Brief gerichtet:

12. Januar 1877.

Lieber Lava! Niemandtheilt Ihre Ansicht mehr als ich und meine Flugschriften: „Tue-la!“ und „L'homme-Femme“ waren nichts Anderes als ein Angriff gegen das Gesetz, welches dem betrogenen Manne, wenn er wieder frei werden will, nur den Ausweg läßt, Mörder zu werden. Ihre Gründe sind jedenfalls vor trefflicher Art, da Sie sie ebenso gut dem Rechte als der Logik entlehnen können; vergessen Sie aber auch nicht folgenden: der rechtschaffene Mann hat in gewissen Fällen, die ihm die unauslösbare Ehe bereitet hat, ein Interesse, zu töten. Er hört auf, Sklave zu sein, wird ein freier Mann und schüttet sich durch das dramatische Heldenhumor seiner That vor der Lächerlichkeit. Die ganze Beweisführung unserer Gegner stützt sich auf die religiöse Überlieferung, auf den Bund, welchen Gott zwischen zwei Seelen geschlossen hätte, und den nur er trennen könne. Dieser Grund führt zur Zivilehe, wo Gott da er nicht eingeladen worden, auch nichts mitzureden hat, eine Ausschreitung führt immer nothwendig zur Enttagung. Endlich bietet die Unauffindlichkeit der Ehe dem Ehebruch des Weibes in erster Reihe alle die Entschuldigungen, welche unsere Literatur auf der Bühne oder in den Romanen geltend macht. Die anderen Länder Europas, die sich darüber mundern, daß unsere Literatur sich immer oder doch meistens um den Ehebruch bewegt, übersiehen, daß sie die Scheidung bei keinem und demnach eine andere Literatur haben können. Allerdings bringt diese andere Literatur nichts Besonderes hervor, das ist aber eine Schande des Landes u. s. Ich weiß nicht, warum ich Wiene mich, Ihnen Aufklärung zu geben; Sie wissen das Alles genauer und besser als ich. Der Ihrige A. Dumas.

## Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Konferenz ist geschlossen — die Bevollmächtigten reisen ab und können sich das Zeugnis nicht versagen, daß der Schlussakkord der letzten Sitzung das Gepräge der Moll-Tonart soviel wie möglich an sich trug. Man hoffte allerseits, daß die Pforte sich gegen die Christen, besonders auch gegen Serbien und Montenegro, recht anständig benehmen werde; geschah das nicht, dann freilich — müßten die Mächte davon... Alt nehmen. Wie mag Midhat Pascha hierbei ges-

zittert haben! Man verabschiedete sich höflich und ging. Immer gemütlich! Die Frage entsteht nun freilich, was nun weiter? Durch alle Mitteilungen über die weitere Gestaltung der Orientfrage kündigt sich vornehmlich das Vertreten des Kaiserbündnisses und zwar unter gewissenhafter Vertheilung der Rollen zwischen Rußland und Österreich an. So heißt es, Rußland werde wahrscheinlich proponieren, die Großmächte sollen seinen ursprünglichen Plan, den es zeitweise fallen ließ, wieder aufnehmen und mit eigenen materiellen Mitteln jene Reformen durchführen, welche die Konferenz beschlossen hat. Österreich sollte die Beschlüsse der Konferenz in Bosnien und der Herzegovina realisiren, während Rußland dieselben in Bulgarien durchführen werde. Der Petersburger Hof werde dabei durchblicken lassen, daß, falls der zum zweiten Male gestellte Antrag abermals nicht angenommen werden sollte, Rußland sich ans Werk machen werde, um in Bulgarien jene Zustände zu begründen, die ganz Europa als nothwendig erkannt habe. Daß gegenüber der ungeheuren Verblendung eines aufgestellten Fanatismus, wie er jetzt zu Stambul in Erscheinung tritt, nicht Schwäche, halbe Maßregeln oder gar Worte etwas helfen, dürfte jedem klar werden, der die türkische Volksstimme nach der Bekanntgabe des Beschlusses des großen Rathes aus den hierüber einlaufenden Berichten studirt. So meldet u. A. das Telegraphenbureau von Hirsch unter dem 19. d.:

Die Aufregung ist hier in der Stadt sehr groß. Zahlreiche Volksmassen zogen durch die Straßen, die Entscheidung des Großen Rathes laut billigend. Von der fanatischen Volksmenge werden Karansprüche gezirkt. Die Publikation eines türkischen Manifestes wird als bevorstehend gehalten. — Zahlreiche Polen und Ungarn sind hier angekommen, um in türkischen Kriegsdienst einzutreten. Dieselben sind in der seutrier Kaserne einquartiert. — General Klapka bildet eine Fremdenlegion.“

Einem perzer Telegramm der „Köln. Blg.“ vom 18. d. zufolge hätte die „ungeheure Begeisterung“ bereits den Großen Rath ergriffen. Das betreffende Telegramm lautet wörtlich:

Der heutige große Nationalrat, dem 200 Mitglieder, Exgrossbezirke, Kabinett-Minister, Generäle, Paschas, Ulemas, die Patriarchen der Griechen, Armenier, Bulgaren und Katholiken und der jüdische Ober-Rabbiner bewohnten, verwarf nach einer dreistündigen Berathung einstimmig die zwei hauptsächlichen Forderungen der Konferenz: Ernennung der Provinzialgouverneure und Einsetzung der Kontroll-Kommission. Der Grossreferendar der Pforte verlas eine Vorlage, worin die auf Wahrung des Friedens gerichteten Anstrengungen der Pforte vom Beginne des berzogowinischen Aufstandes bis zu dem Zusammentreffen der Konferenz auseinandergesetzt und mit dokumentarischen Nachweisen belegt waren und auf die Unvereinbarkeit der Konferenzbeschlüsse mit der nationalen Ehre hingewiesen wurde. Darauf beleuchtete Midhat Pascha in drei verschiedenen Reden die Ansprüche Europas in unparteiischer Weise, zählte die Zugeständnisse auf, die den Mächten von Seiten der Pforte gemacht worden, betonte, daß im Ablehnungsfalle die Botschafter und Bevollmächtigten Konstantinopel verlassen würden, stellte die Gefahren, welche der ohne jedes Bündnis dastehenden Türkei durch einen Krieg drohen würden, in fast übertriebenem Lichte dar, bezeichnete Österreichs Neutralität wegen der massenhaften slawischen Bevölkerung dieses Staates als fraglich, verbreite sich über die im Kriegsfalle unter allen Umständen nötig werdenden ungeheuren Opfer, zumal auch mit Rücksicht auf die finanzielle Lage, und forderte die Versammlung auf, den zu fassenden Beschluß reislich zu überlegen. Diese Abmachungen erzeugten indessen die entgegengesetzte Wirkung, eine ungeheure Begeisterung. Es sprachen für die Verwerfung der Ex-Grossbezirke, welcher die Annahme der Konferenzbeschlüsse für den Grabstein der Türkei erklärte, Savas Pascha, Mahmut Pascha, der katholisch-armenische Bischof, besonders aber der Nabinatsvertreter, der versicherte, daß die Juden Gut und Blut für die Türkei einziegen würden. Häufiges Hurraufen erscholl; die Türken vergossen Thränen der Begeisterung. Midhat verhielt sich äußerst ruhig. Die Versammlung beschloß, die Vorschläge der Mächte, als unvereinbar mit der Integrität, Unabhängigkeit und Würde des Reiches, abzulehnen. Schließlich wurde ein Sitzungsprotokoll aufgelegt, das Alle untersigelt. Draußen harzte eine große Menge Neugieriger der Nachricht über das Geschehene. Am Samstag wird den Mächten die offizielle Antwort überreicht werden, worin das Rejumé mit Ausnahme der obigen zwei Punkte für diskutierbar erklärt werden soll. Die Pforte bereitet neue Vorschläge vor.

Man arbeitet jetzt in Stambul an einer Kundgebung, welche eine Profession auf Midhat Pascha bezweckt, daß die Protokolle der Konferenz veröffentlicht werden. Wie es scheint, wird diese Manifestation im Einverständnisse mit der Pforte organisiert, da letztere, nach verschiedenen Symptomen zu urtheilen, ein Interesse an dieser Veröffentlichung zu haben scheint. Sogar in der Konferenz soll ein auf die Veröffentlichung abzielender Antrag der Pforte gestellt worden sein, um der öffentlichen Meinung in Europa, wie sich die ottomanischen Bevollmächtigten ausdrücken, einen Begriff von den Zumuthungen zu geben, welche an die Türkei gestellt wurden. Da dieser Antrag von der Konferenz zurückgewiesen wurde, scheint es, daß die Pforte sich die Veröffentlichung durch eine Volkskundgebung abzwingen lassen wollte.

Ein europäischer Staatsmann nach dem anderen verfällt dem fanatischen Haß der Türken. Früher war für den echten Osmanen General Ignatief das enfant-terrible, jetzt hat sich gar... Lord Salisbury die Ungnade seiner Schützlinge zugezogen und aus dem vielmehr wohlbewilligten Freund scheint ein „bestgehafster“ Feind geworden zu sein. Man schreibt bierüber der „Politischen Correspondenz“ aus Konstantinopel:

Marquis von Salisbury ist gegenwärtig der Gegenstand zahlreicher Gehässigkeiten und Angriffe seitens der Türken. Alle türkischen, griechischen und armenischen Journale sprechen sich sehr feindselig gegen ihn aus. Die Zeitblätter bringen Karikaturen, worin sie ihn auf einem Instrumente spielend, darstellen, nach dessen Tönen er die Bulgaren tanzen lasse, bald bilden sie ihn in einem zarlichen tête-à-tête mit einem Bären ab. Aber auch noch viel handgreiflicher bekam Salisbury den Unwillen zu spüren, welcher in der türkischen Bevölkerung gegen ihn herrschte. Vorgestern unternahmen sämtliche Konferenzbevollmächtigte als Gäste des Generals Ignatief auf der russischen Yacht „Erlit“ einen Ausflug nach den Prinzen-Inseln. Bei der Rückkehr landeten die Herren an der Esplanade von Top-Hané, welcher gegenüber sich eine Anzahl von Cafés befinden, die in der Regel nur von Türken aller Klassen frequentiert werden. Einige dieser letzteren gaben einem jüdischen Steifelputzer einen Medjidie (Silberstück), damit er dem in seine Equipage steigenden Marquis von Salisbury ein Bild, welches die Eroberung von Alexinas darstellt, zum Kauf anbiete. Diese Bilder, in der größten Weise ausgeführt, werden auf der Straße zu 60 Para das Stück verkauft. Der Jude, mit seinem Medjidie im Sacke, lief dem Wagen Salisburys nach und verfolgte denselben mit seinem lästigen Geschrei derart, daß die Kavasse gewungen waren, den improvisierten Bildhändler etwas unsanft in seiner weiteren Verfolgung des Wagens des englischen Bevollmächtigten aufzuhalten. Während der ganzen Szene aber brachen die Türken, welche sie angestiftet hatten, in ein endloses höhnisches Gelächter aus. In ganz Stambul ist man gegen die Konferenz, und insbesondere gegen Salisbury, welchen man beschuldigt, die anderen europäischen Bevollmächtigten mit in die von Rußland gelegte Falle hineingezogen zu haben, sichtbar irritirt.

## Parlamentarische Nachrichten.

Die polnische Landtagsfraktion hat am 18. d. M. die Wahl ihres Vorstands vollzogen und zu ihrem Vorsitzenden Herrn Dr. Szuman, zum Stellvertreter Herrn v. Slaski, zu Sekretären die Herren Dr. v. Chłapowski und Dr. v. Komierowski und zum Däktor Herrn v. Garlinski gemacht. In die Parlaments-Kommission wurden die Herren Kantak, v. Lyskowksi und v. Magdziński und zu ihrem Stellvertreter die Herren v. Czarlinski und v. Wierzbinski erwählt.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Januar.

— Über ein Wahlmanöver schreibt man der „A. Hart. Z.“ aus Masuren: Kurz vor der Reichstagswahl zirkulierte unter unseren masurischen Landleuten eine besondere Neugier, welche viel dazu beigetragen haben mag, in dem Wahlkreise Löben-Angenburg dem konserватiven Reichstagskandidaten zum Siege zu verhelfen. Man teilte sich nämlich mit, daß Fürst Bismarck seit längerer Zeit frank und gesonnen sei, sein Amt als Reichskanzler niederzulegen. Als seinen Nachfolger habe er Sr. Majestät dem Kaiser den Polizeipräsidenten Stauby in Posen empfohlen. (!) Fürst Bismarck hätte ferner den Wunsch geäußert, Herrn Stauby recht bald in seiner Nähe zu haben, um ihn mit den Geschäften eines Reichskanzlers vertraut zu machen. (!) Diesem Wunsche zu entsprechen, erschien es gerathen, Herrn Stauby durch die Wahl zum Reichstagsabgeordneten, Landrat Freiherr v. Unruhe-Bomst, vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft im Konditor Beidlerschen Saale einen Vortrag über die Justizgesetze. Nachdem derselbe über einzelne Bestimmungen in denselben seine Bedenken geäußert, die er aber bei der dritten Lesung habe aufgegeben müssen, ließ er sich speziell über die sogenannten Kompromissparagraphen aus, indem er die Änderungen, welche dieselben bei der dritten Lesung erfahren, klar auseinandersetzte. In Bezug auf die Landgerichte äußerte er sich dahin, daß ein Landgericht nur nach Städten verlegt werden könne, die genügende Wohnungen und ein Gymnasium hätten und die möglichst an einer Eisenbahn lägen. — Für den Regierungsbezirk Posen werden nach seiner persönlichen Ansicht nur drei Landgerichte ins Leben treten, und zwar in Posen, Lissa und Ostrowo. Sollte noch ein vierter Landgericht für unseren Regierungsbezirk notwendig sein, so würde es möglichst nach Wejher kommen. In Bezug auf die im hiesigen Kreise zu etablierenden Amtsgerichte ist der Herr Abgeordnete der Ansicht, daß bei der äußerst günstigen Lage der hiesigen Stadt, mittin im Kreise, während die anderen Städte an der Kreisgrenze liegen, anzunehmen sei, daß fast sämtliche Amtsgerichte des Kreises hier ihren Sitz haben würden. Nach Beendigung des fast 1½ Stunden währenden Vortrages, der mit gespannter Aufmerksamkeit angehört wurde, stattete Bürgermeister Brutschke dem Vortragenden den Dank der Versammlung ab.

Kempen, 19. Januar. [Städtische Töchterschule.] Im vorigen Jahre hat die Stadtverordnetenversammlung auf wiederholten Antrag des Magistrats beschlossen, eine höhere städtische Töchterschule ins Leben zu rufen, und zwar hauptsächlich auf die Motivierung des Magistrats hin, daß durch die Einnahmen der höheren Töchterschule das Gehalt des Rektors der Simultan-Schule, der gleichzeitig das Rektorat der Töchterschule verwalten sollte, aufgebracht werden würde, und daß also auf diese Weise die Stadt der Bevölkerung befreit sei. — Schon damals gab es Leute im Publikum, die unglaublich die Köpfe schüttelten und es nicht begreifen konnten, wie eine städtische höhere Töchterschule, der noch dazu eine Privatschule Konkurrenz macht, so viel Einnahmen liefern könnte, um einerseits sich selbst kostenfrei zu erhalten, und andererseits noch das Gehalt des Rektors einer anderen Anstalt mit aufzubringen. Allein die Ansicht des Magistrats erlangte in der vorigen Stadtverordneten-Versammlung die Majorität. Nachdem durch die Neuwahlen sich die Versammlung etwas anders gestaltet hat, hat die Versammlung in der letzten Sitzung mit 7 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Magistrat zu erläutern, die Ausführung des früheren Beschlusses, nach welchem die Töchterschule am 1. April 1877 eröffnet werden sollte, bis auf Weiteres zu vertagen. Die Gründe dafür liefern die Auseinandersetzungen des Stadtverordneten Dr. Martin, welcher Loyal-Inspektor der Privatschule des Fräulein Schäding ist. Derselbe erklärte, daß die Privat-Schule gegenwärtig vollständig befriedigend leiste, und also für eine städtische Anstalt gar kein Bedürfnis vorhanden sei, und wies nach, daß im günstigsten Falle, d. h. wenn sämtliche Schülerinnen der Privat-Schule in die städtische Anstalt übergehen, abgesehen von dem Rektorgehalt, das Schulgeld sich auf 78 Mark für jede Schülerin stellen würde, falls die Stadt keinen Zufluss machen wollte. Da aber der angenommene günstige Fall keineswegs eintreten werde, auch das Schulgeld vom Magistrat in dieser Höhe nicht in Aussicht genommen sei, so werde unweিশafit ein bedeutendes Defizit durch die Anstalt hervorgerufen werden. Trotzdem sich also die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung dieser Ausführung anstößt und die Eröffnung einer städtischen Töchterschule momentan für unzeitgemäß erklärt, soll Magistrat doch nachträglich bereits die Wahlen der anzustellenden Lehrerinnen vorgenommen haben. Wir sind auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit gespannt und behalten uns weiteren Bericht vor.

Samter, 19. Jan. [Kirchliche Wahlen.] Bei der am 14. d. M. in der evangelischen Kirche abgehaltenen Wahl wurden zu Kirchenräthen, Landrat von Knoblock, Rechtsanwalt Steuer, Rittergutsbesitzer v. Gromadzinski, Kreissteuereinnehmer Kanthus, Bäderreisbesitzer J. Kober gewählt. In die Vertretung wurden gewählt: Zimmermeister Berger, Lehrer Neder, Apotheker Nolte, Administrator Marr, Kaufmann Liesien, Kaufmann M. Schnl., Fleischermeister D. Jaenke, Wehrhahn aus Gaj, Restaurateur Ludwig, Sekretär Melke, Kreissekretär Wollny, Ackerbürger Steine in Friesenbrück, Kontrolleur Busse, Bädermeister Schöneich, Kreisfusions-Inspektor Künnburga. Die Beteiligung war eine sehr rege, da von 200 eingeschriebene WählerInnen 157 sich beteiligten. Die Wahl ist im liberalen Sinne angefallen.

Kosten, 20. Jan. [Die kirchlichen Wahlen.] Die hier neulich stattgefundenen Kirchenwahlen sind ganz analog denen in unserer Nachbarstadt Grätz ausgefallen, da man auch hier bemüht gewesen ist, unter der überwiegenden Landbevölkerung, dafür zu agieren, nicht die in der Vorversammlung aufgestellten, sondern andere Kandidaten zu wählen. Es hat dies in der Gemeinde viel unruhiges Blut hervorgerufen und ist bereits, da nicht nur die WählerInnen unvollständig geführt, sondern nicht einmal die gesetzliche Frist zur Einsicht ausgelassen haben, gegen den ganzen Wahlkampf protestiert worden. Da es voraussichtlich zu einer Neuwahl kommen wird, werden die stimmberechtigten Wähler gut thun, sich nicht wieder dem Glauben hinzugeben, daß ihre Namen in der Liste verzeichnet seien, sondern sich persönlich davon zu überzeugen, und rechtzeitigen Einspruch erheben.

Inowrazlaw, 19. Jan. [Eine Erklärung.] Der Pfarrer Zieliński in Chlewiški Kreis Inowrazlaw erklärt in der „Gazeta Toruńska“: „Bei dieser Gelegenheit bemerkte ich, wenn-

gleich ich mich zu loben nicht gewöhnt bin, daß ich der rechtmäßigen Kirchenbehörde bisher niemals abtrünnig geworden bin und, ihr auch niemals abtrünnig werde." Pfarrer Bejerski ist derselbe Pfarrer, von dem behauptet worden ist, er habe erklärt, daß er die Maigesetze nicht "unterdrückt" habe. Nach der obigen Erklärung scheint er sie auch nicht anzuerkennen.

**Schönlanke**, 21. Januar. Unser Landrat v. Colmar zu Coddiboden hat vor seinem Abgang zu den Landtagssitzungen im Kreisblatte zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß er auf Anordnung der königlichen Regierung die laufende Verwaltung der landrätslichen Geschäfte bis auf Weiteres dem Kreissekretär Gums übergeben habe, daß er sich jedoch wichtige Angelegenheiten zur Entscheidung nach Berlin nachziehen lassen und zur Abhaltung von Terminen, welche seine persönliche Anwesenheit wünschenswerth erscheinen lassen, sich persönlich im Kreise einfinden würde. Zugleich fordert er die Kreisinsassen auf, etwaige Gesuche, welche dieselben zu seiner persönlichen Kenntniß zu bringen wünschen, direkt an ihn nach Berlin zu richten. Es muß entschieden anerkannt werden, daß Herr v. Colmar, dessen Thätigkeit durch die Landtagsarbeiten genüg. schon zur Genuge in Anspruch genommen wird, es sich nicht nehmen läßt, alle wichtigen, die Verwaltung des Kreises betreffenden Angelegenheiten seiner Entscheidung zu unterziehen und, wenn nötig, durch sein persönliches Erscheinen zu ordnen. Wenn bisher gegen die Kandidaturen des Landräths zum Abgeordnetenhaus namenlich geltend gemacht wurde, daß der Landrat im Kreise, nicht im Abgeordnetenhaus, an der zur Förderung der Interessen des Kreises geeigneten Stelle sei, so scheint Herr v. Colmar die Hinfälligkeit dieses Grundes darin zu wollen. Dagegen wird es viele seiner Wähler überrascht haben, daß er zu denjenigen Neuen gehört, welche den Anschluß an die neuconservative Fraktion abgelehnt haben und den äußersten Flügel der Rechten im Abgeordnetenhaus bilden. Seine politischen Parteigenossen haben bei seiner Aufführung als Kandidat versichert, daß er sich mindestens den Neuconservativen, wenn nicht gar den Freikonservativen, anschließen würde. Wie weit diese Erwartungen berechtigt gewesen, muß ich dahingestellt sein lassen, die politischen Gegner des Herrn v. Colmar waren jedoch keinen Augenblick darüber, daß derselbe von jeher seiner innersten Überzeugung nach derjenigen Partei angehört hat, der er sich jetzt tatsächlich angegeschlossen. Daß diese Partei bei der für unsere Provinz in Aussicht stehenden Kreisordnung jede Bestimmung befähigt wird, durch welche das bisherige Übergewicht des Großgrundbesitzes in der Kreisvertretung beseitigt wird, dürfte zweifellos sein. Dies wird dann doch vielen konservativen Wählern, die dem kleinen ländlichen Grundbesitz angehören, Veranlassung zum Nachdenken geben. Unser zweiter Abgeordneter v. Bette hat sich, wie zu erwarten stand, derselben Partei angegeschlossen, welcher Herr von Colmar angehört.

**Bromberg**, 21. Januar. [Zur Neidstagswahl.] In dem Saale der Bürger-Ressource hatte sich heute Nachmittag eine recht große Wählerversammlung eingefunden. Der größte Theil derselben gehörte der polnisch-katholischen Partei an, aber auch viele deutsche Urvähler waren erschienen. Es handelte sich um die Entgegennahme eines sogenannten politischen Glaubensbekenntnisses seitens des von der polnischen Partei aufgestellten und mit dem deutschen Kandidaten Wehr zur engern Wahl gestellten Rittergutsbesitzers Gustachus v. Rogalinski. Das einladende Wahl-Komitee schmeichelte sich nämlich mit der Hoffnung, daß deutsche Urvähler sich so weit vergessen könnten, einem Polen ihre Stimme zu geben, und hatten deshalb auch deutsche Wähler eingeladen. Herr v. Rogalinski legte nun auch und zwar in polnischer und demnächst in deutscher Sprache sein Glaubensbekenntnis ab und betonte, daß er in allen Fragen mit der Fortschrittspartei gestimmt habe und stimmen werde, nur bezüglich der Sprachenfrage sei er von derselben abgewichen. Der Vorsitzende, Herr Kreski, meinte, daß Herr v. N. dieselben Ansichten theile, wie der Kandidat der hiesigen Fortschrittspartei, Regierungsrath Alsen, und verlangte deshalb, daß die Wähler, welche diesem ihre Stimme gegeben, jetzt für v. Rogalinski stimmen. Er wenigstens würde Herrn Wehr nicht wählen können, hätte er einmal für Herrn Alsen gestimmt. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf Herrn v. Rogalinski geschlossen.

## Aus dem Gerichtsaal.

**Bromberg**, 20. Januar. [Verurtheilung wegen Mord.] In der Schwurgerichtsperiode, welche gestern beendet wurde, sind im Ganzen 15 Anklagesachen gegen 19 Angeklagte zur Verhandlung gekommen. Außer einer wegen Wechselseitung, von welcher Freispruch erfolgte, endeten sämtliche Verhandlungen mit Verurtheilung der Angeklagten, und zwar zusammen zu 26 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 6 Jahren 10 Monaten Gefängnis. In einer Sache, welche vorgestellt zur Verhandlung kam, wurde auf Todesstrafe wegen Mordes erkannt. Die Angeklagte, die verehelichte Mäder v. Kading aus Strelno, hatte ihre 8 Jahre alte Tochter, um sich derselben zu entledigen, den Hungertod sterben lassen, indem die entmenschte Mutter das schon kalte und siehe Kind auf dem Boden einsperrte und dort verkommen ließ. Am 10. Oktober v. Abends in der 12. Stunde hörte der Gastwirt Kisro in Strelno von dem Boden seines Hauses, welcher zur Kading'schen Wohnung gehört, das Wimmern eines Kindes, insbesondere die oft wiederholten Worte: "Mama, gib mir Wasser!" Als man den Boden, welcher verschlossen war, öffnete, fand man die kleine Helene auf dem ungedielten Boden auf verfaultem und durchnähtem Stroh liegend, offenbar stark und nur mit wenigen Lumpen bekleidet. Der hinuntergerissene Arzt Dr. Kleślewicz in Strelno gab von der Lage des vorgefundenen Kindes ein noch drastischeres Bild und schilderte sie, wie folgt: "Gleich als der Raum geöffnet wurde, in dem sich das Kind befand, drang mir ein so fauliger Geruch entgegen, daß ich es kaum auszuhalten vermochte. Auf dem ungedielten Fußboden auf einem kleinen Häufchen Stroh, das durch und durch verfault und vollständig durchdröhrt war, lag ein ancheinend starkes Kind von 6 bis 8 Jahren. Man kann eigentlich nicht sagen, daß das Kind auf einem Strohlagern lag; es lag vielmehr in und auf einer Laube, einer lothigen, stinkenden, von zahlreichen Würmern bewohnten Masse, mit Lumpen bekleidet, mit Lumpen zugedeckt, ohne Kopftuch, den Kopf auf eine etwas erhöhte Balkenlage aufgelegt, überdies in einer für ein starkes Kind unerträglichen Temperatur." Das Kind wurde zwar in Pflege genommen, verstarb aber

nach wenigen Tagen nach dem Ausspruch des Arztes an Entkräftigung und Blutarmuth. Die Verhandlung ergab die Schuld der Angeklagten, und nachdem die Geschworenen die Schuldfrage wegen Mordes befaßt, erfolgte der auf Todesstrafe lautende Urteilsspruch. Auf die Angeklagte schien derselbe keinen besonderen Eindruck zu machen. Uebrigens ist eine Bemerkung derselben, welche sie beim Transport nach dem Gerichtsgefängniß bald darauf machte, bezeichnend für die Gesinnung der Verurtheilten. Sie sagte nämlich: "Ach was, gelöst wird man nicht mehr und der alte König wird auch nicht zu lange mehr leben." Sie hofft dann auf Begnadigung.

**Berlin**, 21. Jan. Der ehemalige Börsen-Redakteur der "Nat. Ztg." J. L. Schweizer wurde bekanntlich durch verschiedene gegen ihn gerichtete Beschuldigungen aus der Gründerzeit veranlaßt, seine Thätigkeit an der "Nat. Ztg." bis zur Erledigung der Sache auf gerichtlichem Wege einzustellen. In einem dieserhalb vom Rechtsanwalt Froehl für Herrn Schweizer gegen den Redakteur der "Staats-Ztg." Dodo Müller, getürten Injurienprozeß wurde nun mehr in erster Instanz das Urteil gesprochen und der Verklage wegen Bekleidung des Klägers zu 100 M. Geldstrafe eventuell Gefängnisstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Dem Kläger wurde das Recht der Erkenntnispublikation zugesprochen. Die Verlautungsfrage desselben Klägers gegen den Redakteur der "Staats-Ztg." in welcher letzterer den Versuch des Wahrheitsbeweises gemacht hat, schwieg noch.

## Staats- und Volkswirthschaft.

\*\* In Sachen des Strousberg'schen Konkurses geht der "N. d. A. Z." ein Schreiben zu, welches für die Zurückhaltung des Dr. Strousberg in Moskau folgende Erklärung gibt. Die Erwartung, daß Dr. Strousberg um die Mitte des vorigen Monats wieder in Deutschland eintreffen werde, hat sich nicht erfüllt, obwohl weder er selbst noch die Prokurator gegen das Erkenntnispublikation verurteilte, die Kassation eingereicht hat, und obgleich der Ausspruch des Gerichtes somit längst rechtskräftig geworden ist, wird der Dr. Strousberg doch zu seinem und seiner Gläubiger Schaden in Moskau festgehalten. Als Grund dieses Verfahrens verlautet, daß auf Strousberg Zeugenaussagen in dem auf Antrag der Zivilsäuberger event. neu einzuleitenden Verfahren refuriert werden können. Der wahre Grund besteht aber in der trügerischen Hoffnung der durch den Bankrotter Bauf geschädigten Personen aus Strousberg durch dessen längere Haft Kapitalien herauszupressen! Dieser Wahnsinn mag dadurch entstanden sein, daß von Solchen, welche die Strousbergschen Besitzungen und namentlich die Herrschaft Biuro zu einem Schleuderpreise zu erwerben hoffen, in Petersburg und Moskau das Gerücht verbreitet worden ist: "Strousberg hätte große Schäfe bei Seite gebracht, die durch dessen längere Haft von ihm zu erlangen sein würden." Hier, wo Strousberg gelebt und gewirkt hat, ist es allgemein bekannt, daß derselbe so vollständig verarmt ist, daß ihm die Mittel zu seiner Vertheidigung und seinem Unterhalte in Moskau von seinen Freunden gewährt werden müssen, und daß die Konkursmasse seiner Familie für die längste vom Gesetz gestattete Zeitdauer ein ganzes Jahr hindurch ein Tagegeld von 20 M. bewilligt hat — Tatsachen, welchen gegenüber die in manchen Kreisen verbreitete Fabel von den durch Strousberg geretteten Reichthümern als ein Produkt der Boswilligkeit oder der naivsten Leichgläubigkeit sich erweist.

## Vermischtes.

**Dresden**, 21. Jan. Russische Bestellung. Verpachtung des Krennplatzes. Neues Etablissement Renz. Wie bereits früher mitgetheilt, hatte die russische Regierung bei der hiesigen Wagenfabrik Linke und Comp. 250 Stück Landtransportwagen, besonderer Konstruktion, bestellt und ein Probewagen anfertigen lassen. Diese Bestellung ist jetzt rückgängig gemacht worden, da der Probewagen angeblich den Anforderungen nicht vollständig entsprochen hat und die Ablieferung sämtlicher Fahrzeuge in Südrussland, auf Kosten der Pferde, erfolgen sollte. Außerdem wurde von letzteren eine Kavution von 20 Prozent des Lieferungsverlusts verlangt. — In der letzten Sitzung unserer Stadtverordneten ist ein, sowohl für Breslau als die Provinz, wichtiger Miethsvertrag abgeschlossen worden. Es ist nämlich dem "Schlesischen Verein für Pferdezucht und Pferderennen" der, der hiesigen Stadtgemeinde gehörige sogenannte Krennplatz bei Altscheitnig auf 15 Jahre für 900 Mark jährlich mit der Ermächtigung weiter vermietet worden, auf dem Platz selbst 1 massives Tribünengebäude, ein Sattel- und ein Waagehaus errauen zu dürfen. Die Stadt hat sich das Recht vorbehalten, bei dem Ablaufe der Pachtzeit, welche bei gegenseitiger Nichtkündigung als auf je 6 Jahre verlängert angesehen wird, die auf dem Platz errichteten Gebäude entweder nach dem gerichtlichen Tawerthe zu übernehmen oder verlangen zu können, daß ihr der Platz, nach Abbruch der Gebäude auf Kosten des Krennvereins, applaniert im jetzigen Zustande wieder übergeben werde. Durch diesen Vertrag ist eine gewisse Stabilität eingetreten, welche für beide Theile von Vortheil seien und auch auf den weiteren Ausbau des dortigen Parks und sonstigen Anlagen günstig einwirken kann. — Unerachtet der ungünstigen Zeitverhältnisse in unsere Stadt wiederum um ein am Tauenzenplatz erbauten, Restaurations-Gebäude reicher geworden, welches in seinen Parterre-Räumlichkeiten allein ca. 400 Sitzgäste zu fassen vermag und in seiner hochgelegenen und komfortablen Einrichtung nichts zu wünschen übrig läßt. Der Erbauer ist ein gewisser Pichauer, welcher viele Jahre hindurch ein ähnliches Lokal pachtweise am Blücherplatz besaß. — Der Birkus Renz übt, da die Tage seines diesmaligen Aufenthalts in Breslau gezählt sind, eine stets zunehmende Anziehungskraft nicht nur auf das hiesige, sondern auf das Publikum der Provinz aus. Jetzt wird besonders eine Schlangenkünstlerin, die, nebenbei gesagt, sehr hübsch ist, mit mehreren Rieenschlangen und außerdem zwei indische Jongleurs bewundert, welche hier noch nie geführte Kunstdarstellungen zum Besten geben. Besonders aber hat sich ein sogenannter Oceanen-Kultus ausgebildet, in dem die bekannte junge schwöne Frau des Herrn E. Renz von dem männlichen Publikum förmlich auf Händen getragen wird. Ein Photograph hat dieselbe in 8 verschiedenen Stellungen auf dem Drathseil fixirt und findet für seine Bilder reizendem Absatz.

## Briefkasten.

Abonnent in S. Die angeführte Broschüre führt den Titel "Des General v. Grolmann Bemerkungen über das Großherzogthum Polen Elogau 1848. Druck und Verlag von Karl Flemming." General Grolmann

hat diese Bemerkungen 1831 (polnischer Aufstand) und wahrscheinlich nicht für die Deffentlichkeit geschrieben. Wer dieses Schriftstück 17 Jahre später (also ebenfalls in einem Jahre polnischer Unruhen) veröffentlicht hat, ist uns nicht bekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau. Für das folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

**Petersburg**, 22. Jan. Der "Regierungsanzeiger" läßt sich unter dem 21. aus Kischenew telegraphiren: Heute stellten sich im Hauptquartier die Bevollmächtigten des rothen Kreuzes Abasa und sein Gehilfe Fürst Wolkonsky vor, um Instruktionen darüber zu erhalten, an welchen Punkten die sanitäre Hilfe am nothwendigsten wäre, falls der Krieg ausbräche. Der Gesundheitszustand der Armee ist befriedigend. Abasa und Wolkonsky besuchten heute die Spitäler.

**Konstantinopel**, 21. Januar, Nachts. Bei der heutigen Soirée auf der österreichischen Botschaft wurde das Konferenz-Schlüsselprotokoll von sämtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet und Bestimmungen über die Abreise der Delegirten dahin getroffen, daß morgen früh Lord Salisbury, Dienstag früh General Ignatiess, im Laufe deselben Tages Graf Zichy, Graf Calice und Baron Werther, am Mittwoch Bourgoing, am Donnerstag Lord Elliot, am Freitag Graf Chaudron und Corti abreisen werden. Gerichtsweise verlautet, daß die Pforte mit Serbien und Montenegro direkt Frieden schließen werde.

**Berlin**, 22. Januar. Der "Reichsanzeiger" meldet aus Konstantinopel: Werther traf alle Vorbereitungen, um nach der am 20. d. Ms. durch die Pforte erfolgten Ablehnung der Konferenzvorschläge gleich seinen Kollegen Konstantinopel zu verlassen. Werther, der auf der "Pommernia" über Syra zurückzureisen beabsichtigt, wird wahrscheinlich gleichzeitig mit Ignatiess abreisen. Salisbury wollte zuerst abreisen, nach ihm Elliot.

## Aus dem Kreise Samter.

In den Nummern 40 und 45 der "Boesener Zeitung" finden sich zwei aus Ohornik und Samter datirte Artikel, welche den Stempel einer gewissen inneren und äußeren Verantwortlichkeit an der Stirn tragen. In diesen Artikeln wird auf das Schärfste gegen die Partei der "hochconservativen", der "frondirenden Junfer", und wie die verschiedenen anderen Ehrentitel noch lauten, vorgegangen. Hat wohl nur der Schreiber dieser Zeilen aber bedacht, in welche Parteistellung die "frondirenden Junfer" gedrängt worden sind?

Wer alle die harten Wahlkämpfe, welche der Abgeordnetenwahl vorhergingen, mitgemacht hat, wer es mit angesehen hat, wie die konservative Partei mit ihren Wünschen und berechtigten Forderungen ohne weiteres zurückgeworfen wurde; wer dabei anwesend war, als zum Schlusse der Vorförderung der Versammlung zu Zirle den konservativen die geflügelten Worte ins Gesicht schleuderte, "Das ist die Partei, aus der die Armut's hervorgeht", und dabei unter den Beiflügen der liberalen Wahlmänner in ritterlicher Weise den Moment des Schlusses dazu benutzt und somit der so schwer beleidigten Partei auch die Möglichkeit abschnitt, nur ein Wort darauf erwidern zu können, der wird sich wahrhaftig nicht wundern, wenn diese Partei so handelt, wie sie gehandelt hat und handeln mußte.

Es ist ja durch dies eben charakterisierte Verfahren der konservativen Partei gegenüber deutlich zu verstehen gegeben, daß man ihrer nicht bedürfe, daß man obne sie fertig werden könne. Was wundern man sich denn alsdann darüber, daß diese Partei die natürlichen Konsequenzen zieht und sich theils der Wahl enthält, theils einem besondern Kandidaten ihre Stimme gibt. Zugegeben nun auch, daß die Personlichkeit dieses Kandidaten nicht gerade eine glücklich gewährte ist, so lag das hauptsächlich an der Kürze der Zeit und daran, daß die Person des Kandidaten gleichzeitig war, da von einer Majorität nicht die Rede sein konnte.

Hätte die liberale Partei einen der Herren, von deren Kandidaturen man höre, als da findt der Herr Oberpräsident, der Polizeipräsident Staudt oder der frühere Landrat Stadl, aufgestellt, so wäre wie ein Mann Alles an die Urne gelegt und hätte mit aller Anstrengung für diese Kandidatur geworbt. Stattdessen zog man es vor, wiederum den Herrn v. Nönnle aufzustellen, gegen den die konservativen Schmeichelnamen, welche den "frondirenden Junfern" angehängt werden, zu antworten, halten wir selbstverständlicher Weise für unnötig.

Zum Schlus hoffen wir, daß diese Zeilen etwas zur Klärstellung des Verfahrens beider Parteien beitragen möchten. v. S-B.

## Ozon.

Der Sauerstoff der Atmosphäre, welche wir einathmen, ist bekanntlich zur Erhaltung des menschlichen Lebens nothwendig; ohne ihn steht jeder Lebensprozeß still. Reine Luft ist daher die erste Voraussetzung für Gesundheit und Wohlbefinden. Verunreinigungen der Luft, Miläusen &c. die häufigen Ursachen vieler Krankheiten werden vorzüglich durch eine andre Gasart zerstört resp. oxydiert, welche man Ozon (elektrischen Sauerstoff) nennt. Wo ein starker Ozongehalt (durch den Ozoneometer nachweisbar) die Luft von Miläusen und Ansteckungsstoffen frei hält, weist die Statistik fast gar keine Epidemien nach. In Gebirgen und Wäldern, sowie am Meer wirkt gerade die Ozon im menschlichen Blute durch zu geringe Zufuhr ab, so entstehen durch den Mangel dieses zur Anregung und richtigen Funktion der Nerven so nothwendigen Stoffes die verschiedensten Krankheiten, z. B. lebt seit neuester Zeit Ozon in beliebiger Menge in allen Zimmern, Schul- und Fabrikräumen aus dem jungen Ozoneirungspulver billig, und ohne Umstände entwickeln — als Präservativ gegen Epidemien, Cholera, Pocken, Typhus &c. Dem Chemiker und Apotheker Burckhardt ist es jetzt endlich gelungen, auch eine vollkommen baltbare Lösung von Ozon in Wasser zu fabrizieren und so ist die Möglichkeit gegeben, Ozon, die einen wichtigsten Lebensfaktor, in beliebiger Menge dem Körper zuzuführen.

## Bekanntmachung.

Die unter Nr. 38 unseres Firmenregisters eingetragene Firma

**M. Beradt**, deren Inhaber der Kaufmann Manasse Beradt zu Grätz gewesen ist, ist zu folge Verfügung vom 4. Januar 1877

Grätz, den 4. Januar 1877.

Königliches Kreis-Gericht.

**Bekanntmachung.**

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Franz Degurksi in Kriewien, haben nachträglich Forderungen angemeldet:

1) Sigismund Alschheim in Posen 218,90 M.

2) S. Goldschmidt in Kosten Arbeiten inkl. Material-Lieferung in

335,35 M.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist auf

den 8. Februar 1877

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im neuen Gerichtsgebäude anberaumt, wo

wonach die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Kosten, den 12. Januar 1877.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der Kommissar-Kommissarius.

ges. Meißner.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Pflaster-

der Elisabeth- u. Karlstraße, sowie auf dem Elisabeth-Markt (ca. 900 M. Steinplatten der Fabrik und 6000 M. Bürgersteig) soll im Wege der öffentlichen Mission

vergeben werden und steht hierzu auf

Juli c.

Vorm. 11 Uhr

Termin in unserer Registratur

M III an, woselbst auch die Zeichnungen

und Extracte aus den Kostenansprüchen

sowie die allgemeinen und speziellen

**Bekanntmachung.**

Die Mitglieder des hiesigen Zweig-Vereins der Kaiser-Wilhelms-Stiftung werden zu der statutären Generalversammlung

am 24. d. Mts.

Abends 7 Uhr im Börsensaal hier selbst ergebenst eingeladen.

**Tagesordnung:**

- 1) Berichterstattung durch den Vorstand über die Verwaltung während des abgelaufenen Geschäftsjahres und den Stand der Vereinsangelegenheiten.
- 2) Erteilung der Decharge an den Vorstand.
- 3) Neuwahl des Vorstandes und der Revisions-Kommission.

Posen, den 13. Januar 1877.

**Der Vorstand**  
des Zweig-Vereins der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für die

Stadt Posen.

**Staudy, Kirschstein, Gaebel.**  
M. Cohn. Louis Jäffé.

**Deffentliche Submission**  
zur Vergebung der sämmtlichen Ar-

bauern und Lieferungen für den Bau  
dreier Forts bei

**Posen.**

Am 6. März c.

Vormittags 10 Uhr,  
sollen im Bureau der Festungs-Bau-  
Direktion zu Posen, Kanonenplatz 1,  
sämmtliche zum Bau zweier größerer  
und eines kleineren Forts erforderlichen  
Lieferungen und Arbeiten in General-  
Entrepriese an geeignete Baugesellschaften  
vergeben werden.

Der Bau eines größeren Forts  
umfasst annähernd:

112,000 Cbm. Bodenbewe-  
gung, und

37,000 Cbm. Mauerwerk,  
der Bau eines kleineren Forts  
60,000 Cbm. Bodenbewe-  
gung, und

20,000 Cbm. Mauerwerk.

Das für den Bau eines größeren  
Forts nachzuweisendes Betriebskapital ist  
auf 75,000 M., für das kleinere auf  
30,000 M., die einzuzahlende Kavition  
auf 30,000 M. bzw. 13,000 M. fest-  
gelegt.

Die Bedingungen nebst den Preis-  
verzeichnissen können ebenso wie die  
Kostenanschläge und Bezeichnungen im  
Bureau der Festungs-Bau-Direktion  
eingesehen werden, auch werden die  
Bedingungen und Preisverzeichnisse  
gegen Francoeinsendung von 10 M. auf  
Verlangen zugefandt.

Posen, den 9. Januar 1877.

**Königl. Festungs-Bau-  
Direktion.**

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in dem Dorfe Kowalewo, unter  
Nr. 14A, jetzt Nr. 20 belegene, der  
Aniela geb. Urban ver. gew. Fry-  
sto (Frosto) und deren jetzigen Ehe-  
mann Stanislaus Drozdowski  
gehörige Grundstück, welches mit einem  
Flächeninhalt von 11 Hektaren 72 Acren  
60 Quadratstaf der Grundsteuer unter-  
liegt und mit einer Grundsteuer-  
Steuertrage von 112 M. 92 Pf. und  
zur Gebäudesteuer mit einem Aufzugs-  
wert von 45 M. veranlagt ist, soll  
beim Zwangsvollstreichen im Wege  
der nothwendigen Subhastation am

**Donnerstag,**  
**den 22. Februar 1877,**

Vormittags 10 Uhr,  
im Lokale des königlichen Kreisgerichts  
zu Posen, Zimmer 13, versteigert werden.

Posen, den 2. Dezember 1876.  
**Königliches Kreisgericht.**

Der Subhastationsrichter.

gez. Kehl.

**Subhastations-Patent.**

Das zu Kowalewo belegene, im  
Grundbuche unter Nr. 1 verzeichnete  
Rittergut Kowalewo mit dem  
gleich Jagodzinski gehörig, welches  
348 Hektare 5 Acre 80 Quadratstaf der  
Grundsteuer unterliegend enthält  
und mit 686,43 Thaler Steuertrage  
zur Grundsteuer und mit 555 Mark  
Aufzugswert zur Gebäudesteuer ver-  
anlagt ist, soll im Termin

**den 10. April 1877,**

Vormittags 10 Uhr,  
an ordentlicher Gerichtsstelle im  
Sitzungssaal Nr. 1 im Wege der  
nothwendigen Subhastation versteigert  
werden.

Auszug aus der Steuerrolle, begla-

bigte Abschrift des Grundbuchsblatts,  
etwaige Abschätzungen und andere das  
Grundstück betreffende Nachweisen, sowie  
besondere Kaufbedingungen kön-  
nen in der Bureau-Registrator III.  
eingesehen werden.

Zugleich werden alle Diejenigen,  
welche Eigentum oder anderweitig zur  
Wirklichkeit gegen Dritte der Ein-  
tragung in das Grundbuch bedürfende,  
aber nicht eingetragene Rechte ge-  
tend zu machen haben, aufgefordert,  
dieselben zur Vermeidung der Prakti-  
kion spätestens im Versteigerungs-  
termin anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung  
des Zuschlages soll in dem

**am 14. April 1877,**  
**Vormittags 10 Uhr,**  
in unserem Sitzungssaal Nr. 1 an-  
stehenden Termine publiziert werden.

Schubin, den 11. Januar 1877.  
**Königliches Kreis-Gericht.**

Erste Abtheilung,

Der Subhastations-Richter.

**Vorsadung**

der Gläubiger, Behufs Aus-  
führung des Theilungsplanes  
(Konkurs-Ordnung § 242  
244, 252.)

In dem Konkurse über das Ver-  
mögen der Handels-Gesellschaft Wisch  
u. Fürstenwalde hier ist der Plan  
zur Vertheilung des verfügbaren Massen-  
bestandes entworfen und an der Ge-  
richtsstelle in dem XI. Bureau zur Ein-  
sicht für die Beteiligten ausgelegt.

Die Konkursgläubiger, welche ihre  
Ansprüche angemeldet haben, werden  
hierdurch aufgefordert, ihre leitwagen  
Einnwendungen gegen die Theilungs-  
plan bis zum 3. Febr. cr. einstethlich  
bei dem Konkursgericht schriftlich oder  
zu Protokol anzugeben und zur Ver-  
handlung über diesen Theilungsplan,  
so wie zur Ausführung der Vertheilung  
in dem auf den

**10. Februar c.**

Vorm. 11 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar  
anberaumten Termine im Konkurs-  
Bureau XI. zu erscheinen.

Die Gläubiger, an welche Zahlungen  
erfolgen sollen, haben sich persönlich  
oder durch einen zur Empfangnahme  
von Geldern legitimierten Bevollmächtigten  
einzufinden und die Urkunden über  
Ihre Forderungen mit zur Stelle zu  
bringen.

Die Gläubiger ohne Vorrecht fallen  
vollständig aus.

Posen, den 13. Jan. 1877.

**Königliches Kreisgericht.**

Der Kommissar des Konkurses

**Ein****Material-Geschäft**

seit 30 Jahren mit gutem Erfolge be-  
stehend, wo: Ausspannung, Wein u.  
Gigaren, ist sofort umstandshalber zu  
verpachten. Wo? sagt die Exped. dieser  
Zeitung.

Meine Wirthschaft, am Bahnhof  
Neutomischel belegen, bestehend aus 120  
Morgen guten Acker und guten Wirth-  
schafts-Gebäuden, beabsichtigt ich aus  
freier Hand zu verkaufen.

**August Janott.**

Paprotsch bei Neutomischel.

600 Centner gesundes, nähr-  
haftes Wiesen-Heu,  
30 Schöck langes Roggen-  
stroh.

15 Schöck gut ausgewach-  
senes Dach-Rohr.

150,000 gut ausgebrannte  
Dach- und Mauersteine  
zum Preise von 37—31

—28—22 Mark nebst  
Anweise-Geld mit 5 p.Ct.  
Rabatt bei jeder 50 Mark  
zu verkaufen.

Am 6. Februar von

10 Uhr Morgens

wird stehendes Bau-Holz  
an der Rogasen-Wongrowitzer  
Chaussee meistbietend verkauft.  
Holztaxe nach Nummer ist  
einzusehen.

**Am 6. Februar von**

10 Uhr Morgens

wird stehendes Bau-Holz  
an der Rogasen-Wongrowitzer  
Chaussee meistbietend verkauft.  
Holztaxe nach Nummer ist  
einzusehen.

**Den 10. April 1877,**

Vormittags 10 Uhr,  
an ordentlicher Gerichtsstelle im

Sitzungssaal Nr. 1 im Wege der

nothwendigen Subhastation versteigert  
werden.

Auszug aus der Steuerrolle, begla-

**Beilage zur Posener Zeitung.****Sitzung**  
der Stadtverordneten zu Posen am 24. Januar  
1877, Nachmittags 4 Uhr.**Gegenstände der Berathung:**

- 1) Erweiterung der städtischen Wasserwerke.
- 2) Wahl der Mitglieder des Waisenrats.
- 3) Festsetzung der Bauschlusslinie für das durch die Brauereibei-  
cher Fries und Thiele an der Töpfergasse neu zu erbauende  
Wohn- und Speichergebäude gemäß § 1 des Gesetzes vom 2.  
Juli 1875.
- 4) Betreffend den Entwurf zu einem Statut für die städtische  
Sparkasse zu Posen.
- 5) Entlastung der Elementarschul-Rechnung pro 1873.
- 6) Entlastung der Rumfort'schen Suppen-Fonds-Rechnung pro  
1875/6.
- 7) Wahl eines Vorstehers für den VII. Armen-Bezirk.
- 8) Verpachtung des auf den Straßen zusammen gesetzten Düngers  
pro 1. Januar 1877 bis 31. März 1878.
- 9) Wahl eines Mitgliedes der Klassesteuer-Einschätzungs-Kommission  
des 4. Bezirks und eines Mitgliedes des 6. Bezirks.
- 10) Besetzung einer ordentlichen Lehrerstelle an der hiesigen Real-  
schule.
- 11) Betreffend die Einziehung des auf den Grundstücken Altstadt  
Nr. 11—26 eingetragenen Kanalzinses.
- 12) Betreffend die an die Gemeinde zu Wintarz zu zahlende Ent-  
schädigung für den ihr gehörenden Anteil an dem Ertrag  
der städtischen Schlachtfesteuer.
- 13) Errichtung einer zweiten Zeichnen-Abtheilung an der hiesigen  
Fortbildungsschule.
- 14) Entlastung der Rechnung über die Verwaltung des aus dem  
Reichsinvalidenfond entnommenen Darlehns pro 1. Juli 1874  
bis ult. Dezember 1875.
- 15) Wahl einer Kommission von 12 Mitgliedern zur Einschätzung  
der Torenzen v. pro 1877/78 und Wahl einer Reklamations-  
Kommission von 6 Mitgliedern pro 1877/78.
- 16) Wahl eines Vorstehers und eines Stellvertreters für den XIV  
Armen-Bezirk.

**Rechenschafts-Bericht**  
des Kommissariats der allgemeinen Landesstiftung  
**"National-Dank"**

zur Unterstützung hilfsbedürftiger Krieger von 1813/15  
des Land- und Stadt-Kreises Posen

**pro 1876**

An freiwilligen Gaben sind uns zugegangen:

- 1) Von Offizieren der Garnison Posen 161 Mt. — Pf.
- 2) Von dem Offizierkorps des 1. Ba-  
taillons 18. Landwehr-Regiments  
(statutär)
- 3) Von Civilbeamten und Geistlichen 91 = = =
- 4) Von Bürgern der Stadt Posen 354 = 50 =

672,50 Mt.

Dazu treten:

- 5) Der ult. Dezember 1875 verbliebene Bestand von 259,50 =
- 6) Die Zinsen der Stiftungs-Kapitalien mit 129,00 =

Gesamteinnahme 1061 Mt.

Hieraus sind folgende Ausgaben bestritten worden:

- 1) Fortlaufende Unterstützungen 6 bis  
9 Mt. monatlich an 3 Veteranen 270 Mt. — Pf.
- 2) Außerordentliche Unterstützungen:  
a. am 22. März an 4 Veteranen und  
28 Wittwen à 10 und 5 Mark 180 = = =  
b. am Weihnachtsfest an 3 Veter-  
anen und 29 Wittwen à 15 Mt.  
und 7,5 Mt. 262 = 50 =
- 3) An Verwaltungskosten (Botenlohn,  
Porto) 56 = 75 =

Gesamt-Ausgabe 888 Mt. 25 Pf.

Bleibt ultimo Dezember 1876 Bestand 222 Mt. 75 Pf.

Wir schließen diesen unsern Rechenschaftsbericht mit dem auf-  
richtigsten Dank an alle Diejenigen, welche unsfern, auf eine that-  
kräftige Unterstützung unserer Pflegebefohlenen gerichteten Bemühungen,  
durch Spendung von Gaben, beigetragen sind; verbinden jedoch gleich-  
zeitig damit die innigste Bitte, dem guten Werke auch in diesem Jahre  
reicht reichliche Mittel zuzuwenden, damit die gegen früher leider schon  
erheblich zurückgebliebenen Einnahmen uns in den Stand segen, den  
Lebensabend unserer Pflegeleute einigermaßen sorgenlos zu gestalten.

Posen, im Januar 1877.

Der Kreis-Kommissarius:

Wilsenbacher, Präsid.

und Königl. Landschafts-Direktor.

**Der Schatzmeister:**  
Glitsch, Landschafts-Secretair.

Teuer- und diebstichere Kassen-  
schränke und Gassetten, letztere  
auch zum Einmauern,

Biehwagen und Dezimalwaagen  
empfiehlt die Eisenhandlung von

**T. Krzyżanowski,**

Schuhmacherstraße 17.

wasser, d. i. eletrischer Sauerstoff zum  
Trinken und Einathmen, verursacht sofort  
Zunahme des Appetits, des Schlafes, der  
Verdauung und verbessert die Gesichtsfarbe  
durch Reinigung des Blutes und Kräftigung des Nerven-  
systems selbst in den hartnäckigsten Fällen. Es ist besonders  
Brust-, Herz- und Nervenleiden (Schwäche) zu empfehlen und  
gegen Diphtheritis erfolgreich angewandt. 6 fl. concentr. incl. Ver-  
packung gleich 8 Mark. Prospekt gratis. Niederlagen werden er-  
richtet.

**OZON-**

Burckhardt, Apotheker, (Grell & Radlauer),

## Unsere Dampfschiffsmaschine für

### Pferdefutter

haben wir in Betrieb gesetzt und empfehlen gequetschten Hafer, Roggen, Mais u. c.

### Louis Peiser Söhne,

#### Sapiechowas 7.

Auch kann in unserer Mühle Getreide gegen Lohn gequetscht werden.

### Drehrolle

wird zu kaufen gesucht; Oferter unter R. R. nimmt die Expedition entgegen.

### 200 Centner

gute, sehr mehreiche rothe Speisefässer (Daber) habe zu verkaufen. Bestellungen von 3 Centner ab werden halbdorffstr. 32 II. Etage links entgegengenommen, woselbst auch Proben ausliegen.

Joseph Badurski zu Opalenica hat zu verkaufen 100 Centner Viehhu und 50 Centner Pferdehu.

Gebinde von 4-60 Liter Inhalt, sauber und stark gearbeitet, empfiehlt T. Dolatzki, Böttchermeister.

### Zerzyce bei Posen 113.

### Die Maskengarderobe von W. Gerloff, Berlin C., Wallstraße 24,

nähe der Kohlstraße, empfiehlt ihr größtes Lager eleganter und preiswürdiger Costüme. Aufträge nach außerhalb werden prompt effectuirt. Auch komme auf Wunsch mit Auswahl nach außerhalb, unter soliden Bedingungen.

Winter-Blumentohl, jedes Quantum billigst Emil Altmann, Dresden.

Eine Restauration mit Billard ist umzugshälber sehr billig zu verkaufen bis spätestens den 1. Februar d. J. Cohn, Wilhelmplatz 16/17.

### Eine Wirthschaft, 2 Mr. von Breslau, neuer maff. Hans u. Scheune, mit vollst. Ladeneinrichtung z. Krämer und Schank eignend, 16 Morgen g. Land i. einem gr. Dorfe, Dominum, gr. Dampfsiegeleibetrieb, ist soz. z. verk. oder verp. Nähre Auskunft b. Herrn Gauwirth H. Nabe im Bischkowitz p. Groß-Näditz Kr. Breslau.

Die Gutsbesitzer der Provinz Posen werden gebeten, ihre Adressen von Butterlieferung an J. Hördemann, Berlin, Köpnikerstraße Nr. 31, einzutragen.

40 Stück Mastvieh, fernseit, stehen zum Verkauf auf dem Dom. Polanowits bei Kreuzwitz.

23 Stück Mastvieh stehen zum Verkauf auf Dom. Garniszewo bei Klecko.

Ein Grundstück in Wreschen bestehend aus Brauerei, Gasthof, Garten m. Hofsanbau und ca. 30 Morgen Land, bei guter Bedingung so. zu verl. oder auf mehrere Jahre zu verpachten. Näh. durch Kaufmann H. Müller in Wreschen.

In der ander Posen-Berliner Chaussee gelegenen

Forst Swadzim werden Eichen und Kiefern, Nup- und Bauholz, sowie alle Arten Brennholz und trockene Speichen zu zeitgemäßen Preisen täglich verkauft.

Drainröhren bis 6" weit, für solide Drainagen, dünnwändig, scharf gebrannt, die den Erfolg sichern, empfiehlt die Röhrenfabrik

R. Bohne, Schwibus.

Bei größeren Abschlüssen billigte Preise. Proben gratis.

Halbdorffstraße 30 1 Wohnung, 4 Zimmer, Küche, Wasserleitung u. c. vom 4. April c. zu verm. Näh. Nr. 16. Part.

Schöne Apfel versendet bei gelindem Wetter fortwährend pro 100 Stück inll. genauer Verpackung zu 5 Mr. J. Reinhardt in Wachenheim a. d. Haardt.

### 72

Thorner Wurstfabrikate in allen Sorten empfiehlt billig die Koschere Wurstfabr. v. Jacob Schachtel Thor. Wiederverkäufern angemessenen Rabatt.

### Geld in Beträgen

von 300 bis 1000 Mark verleiht ein Capitalist direkt unter Discretion an selbstständige Geschäftleute u. Professionsleute zu den günstigsten Zins- und Rückzahlungs-Bedingungen. Adressen von Refektanten unter T. B. 764 befördern Haasestein & Vogler, Berlin SW.

Beamte jeden Ranges erhalten

### Darlehne

of. bei C. Türk, Bäckerstr. Nr. 18, 1. Etg. Sprech. von 5-7 Uhr Nachm. (1. Eingang) C. Türk.

Louis Gehlen's Haar-Regenerator gibt grauen und weißen Haaren ihre ursprüngliche Farbe wieder ohne zu färben. Atteste liegen aus Preis 4 Mr. 50 Pf. Für Erfolg garantiert.

### Louis Gehlen,

Friseur und Haarconservateur, Posen.

Zu haben in allen renommierten Parfümerie-Handlungen.

Meinen geehrten auswärtigen Privatkunden empfiehlt.

Alle Sorten Liqueure, ganz besonders meinen als vorzüglich anerkannten

Bitter-Pommeranz, versende das Liter à 95 Pf., schon von 4 Liter ab, franco.

Die Liqueure werden in neu eingerichteten Räumen derartig verarbeitet, daß jedermann ohne Strohbenutzung die Flasche mit leeren Flaschen bequem zurücksenden kann.

Die Räume und Flaschen werden jederzeit zum angerechneten Preis zurückgenommen.

Cohn, Wilhelmplatz 16/17.

Eine Wirthschaft, Bronkerstr. 4.

Geschlechtskrankheiten

Syphilis und deren Folgen, Haut- u. Frauenkrankh., Schwächeanfälle: Pollut., Impotenz, auch die veralteten Fälle, heile ich brieflich mit sicher Erfolg. Die Kur ist ohne Berufskörnung und nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen.

Dr. med. Jilz, Berlin, Prinzengasse 62.

In einem gut gelegenen Stadtteil Posen ist ein großes Milchgeschäft Bierkrautshandlung verbunden m. Drehrolle so. oder vom 1. Febr. ab zu verkaufen. Zu erfr. Postamt Posen unter Chiff P. S.

Maulkorb verloren, geg. Belohn. abzug. Kl. Ritterstr. 1, III.

Ein großer schwarzer Hund mit gelber Brust und gelben Füßen, auf den Namen "Nero" hörend, ist abhanden gekommen. Dem Wiederbringer eine angemessene Belohnung bei Frost, Gr. Gerberstr. 46.

Heirathsgesuch

Ein tüchtiger, deutscher Landwirth, Ende 30, mit 6000 Thlr. Vermögen wünscht sich eigene Häuslichkeit zu schaffen.

Damen, auch Wittwen, mit wenigstens dem gleichen Verm.

oder im Besitz eines Gutes, welche aber dabei auch Vergrößen an der Wirthschaft, am Vorwärtskommen, an Ordnung u. Wahrheit finden, bitte ich vertrauensvoll, volle Adr. an die Exped. d. Pos. Btg. unter M. N. 39 zu enden. Agenten ausgeschlossen.

Ein 2fenstr. gut möbliertes Zimmer ist pr. 1. Februar c. oder sofort Lindenstr. 6,

2 Treppen rechts zu vermieten. Näheres daselbst.

Niederlagen in Posen bei W. F. Meyer u. Co. u. Emil Brumme. In Bromberg bei Gebr. Nubel.

Ein 2fenstr. gut möbliertes

Zimmer ist pr. 1. Februar c. oder sofort Lindenstr. 6,

2 Treppen rechts zu vermieten. Näheres daselbst.

### Eine Dame

mit einem Vermögen, 20 Jahre alt, wünscht sich auf diesem nicht mehr unbekannten Wege zu verheirathen. Ernstlich gesunde Herren bis zu 25 Jahren wollen ihre Adr. unter Nr. 12 F. A. Z. nebst Photographie postl. Gempin einsenden. Anonyme Briefe werden nicht beantwortet. Verschwiegen auf Ehre.

Die Milch von ca. 30 Kühen ist pr. 1. April d. J. zu vergeben. Kautionsfähige Abnehmer können sich melden Dom. Gortatows bei Schwerenz.

W. Albrecht, St. Martin 36.

2 eleg. Zimmer, Wilhelmplatz 2, 2. Etg. zu verm.

Wallischei 67 u. 68, eine Wohnung, 4 Piecen mit Wasperl., sofort oder 1. April für 120 Thlr. zu vermieten.

Büttelstraße 18 ist eine Bäckerei vom 1. April d. J. ab zu verm. Näheres beim Wirth.

Schützenstr. 7 bei Peptien, im 1. Stock eine Wohnung von 3 Zimmern u. Küche m. Wasperl. u. Nebengelaß zum 1. April zu verm.

Eine fl. freundl. unmöbl. Wohnung wird im oberen Stadt. von einem älteren Herrn, womöglich mit Bedienung gesucht 1. März oder April. Off. mit Preis unter A. A. Exped. d. Pos. Btg.

J. e. Kreis u. Garrisonstadt d. Markt (Bahn) ist i. d. frequentesten Straße sich z. jedem Geschäft eignender Geschäden in Wohnung sogl. od. a. 1. April d. J. verm. Näh. Wasserstr. 1. 3 Tr. rechts.

Klosterstraße 22 ist eine Wohnung von 3 Zimmern im 1. Stock und eine Wohnung von 2 Zimmern u. Küche im 2. Stock v. 1. April er. erste zu früher, zu vermieten. Näheres b. Eigenthuemer, Markt 43.

Ein Parterre-Voratal zum Geschäft mit oder ohne Wohnung wird gesucht Adr. A. Z. 100 postl. Posen.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Ein Parterre-Voratal zum Geschäft mit oder ohne Wohnung wird gesucht Adr. A. Z. 100 postl. Posen.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung in allen Zweigen der Wirtschaft erfahren sucht als Repräsentantin vom 1. April er. Engagement. Ges. Off. erbieten A. D. 121 Schröder postl.

Eine gebild. Dame, noch in Stellung